

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Infrate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 47.

Berlin, den 23. November 1913.

14. Jahrgang.

Freie Arztwahl. — Einigungsvorschläge

Nachdem wir im vorausgegangenen Artikel die Ursachen des Streites zwischen Ärzten und Krankenkassen sowie das Vorgehen der Ärzte beleuchtet haben, kommen wir im heutigen Artikel auf die Folgen der freien Arztwahl und die Vorschläge der Krankenkassenverbände zu sprechen.

Folgen der freien Arztwahl.

Wie würde es dann aber werden, wenn die freie Arztwahl eine Kasse dem Ruin entgegenführen würde, fragen wir? Wir hören schon die ärztliche Antwort: das kann nicht geschehen, weil die Ärzte ja selbst eine mehrgliedrige Kontrollinstanz in dem Leipziger Verbandsvertragsformular vorgesehen haben, um eine Überbelastung der Kasse zu verhindern. Darauf antworten wir: Bei freier Arztwahl strömen die demnächst werdenden vielen jungen Ärzte ganz naturgemäß zu den größeren Plätzen, weil es sich angenehmer für sie dort lebt, wie auf dem platten Lande. Diese jungen Ärzte wissen ja, daß sie bei freier Arztwahl an jedem Platze zur Krankenkassenpraxis zugelassen sind. Da handelt es sich für diese Ärzte nur darum, möglichst viele Kassenpatienten zu bekommen. Das kann am besten dadurch geschehen, daß sie den Kassenmitgliedern möglichst weit entgegenkommen. Glauben die leitenden Herren des Leipziger Ärzteverbandes, sie könnten dann mit ihrer Kontrollinstanz einem Kassenmardertum wirksam entgegenzuarbeiten? Es ist ihnen dies auch in den Verhandlungen am 10. September eindringlich zu Gemüte geführt. In dem Antwortschreiben des Betriebskrankenkassenverbandes vom Sonntag, den 11. Oktober, heißt es denn auch mit Recht wörtlich wie folgt:

Abgesehen von einer in der vorgeschlagenen Form ganz wirklichen Garantie für das Arzthonorar, enthalten ihre Vorschläge in dieser Beziehung (bezüglich weitgehender Garantie und Haftung gegen die bei freier Arztwahl zu erwartende Steigerung aller Kassenausgaben) überhaupt nichts. Sie beschränken sich vielmehr lediglich auf Maßnahmen, die bereits in den Verträgen mit organisierter freier Arztwahl zu finden sind. Nach allem, was gerade in der Garantiefrage von ihnen in Aussicht gestellt worden ist, haben ihre (ärztliche) Vorschläge völlig enttäuscht.

Die größtmögliche Beitragssumme von 22½ Prozent der gesamten Einnahmen der Kasse als Maximum der Arztkosten können wir als eine Garantie gegen Überbelastung der Kassen auch nicht anerkennen. Auch nicht, wenn diese 22½ Prozent noch etwas ermäßigt würden. Man wolle nicht übersehen, daß man von dem Maximumsatz von 22½ der Einnahmen erst dann ärztlicherseits heruntergehen wollte, wenn der Höchstbeitrag (6 Prozent vom Grundlohn der Versicherten) die Regelleistungen der Kasse (gesetzliche Mindestleistungen) nicht mehr decken würden. Das heißt also nichts anderes, erst dann, wenn die Kasse sozusagen vor dem Bankrott steht, soll der ärztliche Anteil der Gesamteinnahmen der Kasse heruntergehen. Mehr als ¼ der Krankenkassen haben bis jetzt Beiträge bis 3 Prozent vom Grundlohn erhoben. Bei den Ortskrankenkassen blieben etwa 65 Prozent der Kassen unter 3 Prozent des Grundlohnes, eine Tatsache, worauf der national-liberale Abgeordnete Horn (Neuß) schon am 27. Mai 1911 im Reichstag hinwies. Und fast alle diese Kassen

leisten mehr als die Regelleistungen, die jede Krankenkasse zu leisten gezwungen ist. Sie haben fast alle Mehrleistungen vorgezogen. Alle diese Mehrleistungen sollen erst verschwinden und die Beiträge auf 6 Proz. erhöht, also etwa verdoppelt werden, ehe die Ärzte ihre Höchstgrenze, die sie von den Einnahmen der Kasse beanspruchen, heruntersetzen wollen.

Nehmen wir nun weiter an, die freie Arztwahl habe sich wirklich überall durchgesetzt und auf sie hätten viele Ärzte zum Teil ihre Existenz gebaut, würde man dann wohl selbst an einem Schiedsamt wieder zur Kassenpraxis zurückkehren, und somit vielen Ärzten die bei freier Arztwahl errungene Existenz einfach wieder beseitigen, indem sie durch das Kassenarztsystem in Zukunft von der Kassenpraxis ausgeschlossen würden? Das würde sich jedes Schiedsamt zehnmal überlegen und vielleicht erst fünfzigmal den Kassen auferlegen, ihre Beiträge treiter zu erhöhen und die Leistungen weiter herabzubrüden.

Man sieht also, daß man die Frage der freien Arztwahl nicht gefühlsmäßig, sondern verstandsmäßig behandeln muß.

3. Wir wollen noch bemerken, daß in dem in diesem Artikel besprochenen Vertragsformular des Leipziger Ärzteverbandes verlangt wird, daß alle Verträge mit den Ärzten, gleichviel wann sie geschlossen sind, am 31. Dezember 1918 ablaufen sollen. Die Arbeiter wehren sich gegen das Verlangen von Unternehmervereinigungen, an einem bestimmten Tage in ganz Deutschland die geschlossenen Tarifverträge ablaufen zu lassen. Die Kassen wehren sich ebenfalls gegen den Ablauf sämtlicher Arztverträge am 31. Dezember 1918. Die Gründe überblickt sofort jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, so daß wir sie nicht mehr auseinanderzusetzen brauchen.

Die Vorschläge der Kassenverbände.

Nicht nur der Leipziger Ärzteverband hat in Verfolg der angebahnten und jetzt geschickten Einigungsverhandlungen Vorschläge den Kassenverbänden unterbreitet; letztere haben auch den Ärzten und zwar durch den Betriebskrankenkassenverband in der Verhandlung am 10. September im Savoy-Hotel zu Berlin Grundzüge vorgelegt, auf denen eine allgemeine ganz Deutschland umfassende Vereinbarung mit den Ärzten erzielt werden konnte. Diese Grundzüge lauten wie folgt:

„Eine Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten wäre vielleicht auf folgendem Wege zu erreichen:

1. Die beiderseitigen Organisationen verständigen sich über allgemeine Fragen und überlassen örtlichen Vertretungen die nähere Festlegung der Vertragsbedingungen. Ob eine solche Verständigung als eine Abmachung oder Verständigung oder als Tarifvertrag bezeichnet wird, ist eine Frage untergeordneter Bedeutung und mehr Etikettenfrage.

2. Die Verständigung der großen Verbände würde sich insbesondere erstrecken auf die Regelung der Zulassung der Ärzte und der Vereinbarung der Vertragsbedingungen, ferner auf die Bestimmung der Art der Bezahlung. Demgemäß würden in erster Linie die Formen aufzustellen sein über die örtliche Regelung der Beziehung zwischen Kassen und Ärzten. Außerdem wäre die Schlichtung von Streitigkeiten aus Verträgen und beim Abschluß von Verträgen zu regeln.

Die Frage des Arztsystems und die Vertragsform würden bei der geordneten Mitwirkung der Ärzte bei der Zulassung zur Kassenpraxis und der Festlegung der Vertragsbedingungen nicht so sehr in den Vordergrund treten.

3. Die geordnete Zulassung zur Kassenpraxis könnte man sich so denken: Jeder Arzt, der Kassenpraxis treiben will, trägt sich in ein bei dem Versicherungsamt für Kreis-, Gemeinde-, Arztbezirk oder Kasse aufliegendes Arztsregister ein, womit die Verpflichtung übernommen wird, zu den

vereinbarten oder zu den von einem Schiedsamt festgesetzten Bedingungen eine Arztstelle bei der Kasse zu übernehmen. Die Reihenfolge der Eintragung ist maßgebend für die Zulassung zur Kassenpraxis. Den Beteiligten steht das Recht der Ablehnung aus einem wichtigen Grunde zu. Ein paritätischer Ausschuss, bestehend aus Arztvertretern und Kassenvertretern, entscheidet mit Stimmengleichheit endgültig bei Streit über die Zulassung.

4. Die Vertragsbedingungen werden von einem Vertragsausschuss vereinbart, bestehend aus einer Vertretung der Kassen im Bezirk des Versicherungsamts einerseits und der Kassenärzte im Bezirk des Versicherungsamts andererseits. Aufgabe des Vertragsausschusses wäre es, die Verträge vorzubereiten und die Bedingungen hierfür, insbesondere die Honorare, festzusetzen. Die Festsetzungen haben nur rechtsverbindliche Wirkung, wenn sie von der Mehrheit der zugelassenen Kassenärzte und wenn und soweit sie von den einzelnen Kassen anerkannt werden. Werden von einer Partei oder von einer Kasse die Bedingungen nicht anerkannt, so soll ein Schiedsamt mit für beide Teile verbindlicher Wirkung entscheiden. Die Frage des Arztsystems gehört nicht zu den Bedingungen, die durch Schiedspruch erledigt werden.

5. Die Frage der freien Arztwahl kann allgemein und für alle Verhältnisse überhaupt nicht gelöst werden, weil ihre Wirkung bei den verschiedenen Verhältnissen eine grundverschiedene ist. Zudem gehen die Ansichten hierüber zwischen Ärzten und Krankenkassen zu weit auseinander. Es sollte daher versucht werden, die Frage des Arztsystems durch die Formel zu erlösen: Unter welchen Voraussetzungen ist es möglich, eine größere Anzahl von Ärzten zur Kassenpraxis zuzulassen?

Das Arztsystem bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Erfolgt keine Einigung, so bleibt das Arztsystem wie bisher, es sei denn, daß ein wichtiger Grund vorliegt, es zu ändern.

6. Kollektivverträge können zugelassen werden, wenn der Hauptvertragsinhalt auch in den Einzelverträgen enthalten ist.

7. Die Bezahlung der Ärzte soll eine angemessene sein, jedoch mußte an der Pauschalbezahlung festgehalten werden. Neben dem Pauschale können Sondervergütungen bezahlt werden bei größerem Zeitaufwand sowie bei Schwierigkeit und größerem Umfang der Leistungen. Diese Sondervergütungen dürfen aber einen bestimmten Teil des Pauschals nicht überschreiten.

8. Ausnahmen hiervon sind zulässig und im allgemeinen Abkommen vorzusehen.

Man lese diese Vorschläge genau, und man wird finden, daß sie ein weiteres Entgegenkommen der Krankenkassen bedeuten. Es ist ganz selbstverständlich, daß jene Ärzte, die an der Krankenkassenpraxis teilnehmen wollen, auch die Verpflichtung zur Behandlung der Krankenkassen-Patienten übernehmen müssen. Wo es Rechte gibt, muß es auch Pflichten geben. In der Besprechung am 10. September zu Berlin ist von den Vertretern des Betriebskrankenkassenverbandes ausdrücklich erklärt worden: „Man sei bereit, die Pauschalbezahlung so hoch zu bemessen, daß auf die Einzelleistungen gute Sätze kämen, etwa 1,50 Mark für den Besuch und 1 Mark für die Beratung in der Sprechstunde.“ So ist wörtlich zu lesen in der Eröffnungsrede des Vorsitzenden des außerordentlichen Arztetages vom 26. Oktober zu Berlin und zwar zu finden im ärztlichen Vereinsblatt vom 4. November 1913, Seite 649. Die Krankenkassen wollen also die Ärzte unabhängig bezahlen, müssen aber auf der

Pauschalierung der Bezahlung

bestehen. Diese drängt von selbst dahin, daß die Ärzte nicht mehr an Behandlung den Kassenkranken gewöhnen, wie notwendig ist. Es ist deshalb, so möchten wir unsere Darlegungen schließen, mehr als grundfalsch, wenn die Ärzte vom Kassenfiskalismus reden. Wir haben die Empfindung, daß die

Kassenverbände mehr die Interessen der Ärzte wahren wie der Leipziger Ärzteverband. Denn die Erfüllung seines Willens würde im Laufe der Zeit die Krankenversicherung zur Unmöglichkeit machen, und es würde somit die Genne geschlachtet, die auch den Ärzten goldene und sogar sehr viele goldene Eier legt.

Die Versicherer sehen aus diesen Darlegungen, daß sie alle Ursache haben, in dem Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen sich auf die Seite der letzteren zu stellen. Um die Interessen der Versicherten selbst handelt es sich in diesem Kampfe und nicht um die Interessen der leitenden Persönlichkeiten in den Kassenverbänden. Wenn der Kampf im nächsten Jahre scharf entbrennen sollte, darf man von den Versicherern erwarten, daß sie den Kampfmaßnahmen, die zur Wahrung der Interessen der Kassen getroffen werden müssen, Folge leisten. Mit Unannehmlichkeiten ist dies allerdings auch für die Versicherer verknüpft. Sie haben aber nur eine Wahl:

Entweder helfen sie den Kampf für gute Leistungen der Krankenkassen zum Wohle der Versicherten durchzuführen oder sie helfen den Forderungen der Ärzte zum Siege und schmälern damit aber die Bezüge, die sie bei einer Erhöhung der Beiträge aus den Krankenkassen in Zeiten der Krankheit bekommen werden.

Die Baugewerksberufsgenossenschaften auf der Internationalen Bauausstellung

II.

Haben sich also bei Konstruktion und Aufbau der Gerüste schon Fehler und Unmöglichkeiten in Menge, so kommen bei der Anlage der Leitern und Leitergänge geradezu die tollsten Saproten vor. Gerade auf die Anlage und die Befestigung der Leitern muß die allergrößte Sorgfalt verwandt werden, namentlich dann, wenn sie dem Materialtransport dienen. Hier aber ist dieser wichtige, mancher wird sagen wichtige Teil der Bauausstellung vielfach mit der größten Sorglosigkeit und völlig als Nebenache behandelt.

Es ist falsch und gefährlich, einen Leitergang in einem Zuge ununterbrochen durch vier bis fünf Geschosse gehen zu lassen, wie beim Stangengerüst der Heisenbergschen Baugewerksberufsgenossenschaft, Sektion Mainz und Sektion Wiesbaden zu sehen ist.

Doppelt falsch ist es, bei einer derartigen Anlage die zur Verlängerung der unteren angebandene Leiter auf die obere Seite, also auf die Strossen der unteren Leiter zu binden. Zu sehen beim Modell der Sektion Mainz. Beim Modell der Sektion Gießen ist dieser Fehler vermieden; hier ist die zur Verlängerung dienende Leiter untergebanden.

Der Arbeiter hat die Meinung, daß die Leitern am Gerüst befestigt werden müssen. Falsche Annahme! Betrachten wir das Fußgerüst der Nordholländischen Baugewerksberufsgenossenschaft. Bei diesem Aufsteigergerüst steht die Leiter lose daneben. Kaum der Beschauer nimmt sie in die Hand und mag verjagt sein, sie für seinen Laufschritt mitzunehmen.

Eine miserable Befestigung der Leitern fällt ferner auf an den Modellen der hannoverschen Baugewerksberufsgenossenschaft (Stangengerüst), der hamburgischen Baugewerksberufsgenossenschaft, Sektion Altona und Sektion Hamburg, und der holländischen Baugewerksberufsgenossenschaft (Stangengerüst). Man hat bei diesen Ausführungen darauf verzichtet, den dem Gerüst zugehörigen Leiterbalken am Gerüst festzubinden, wohl aber hat man versucht, den äußeren Leiterbalken durch eine Klammer nach unten gehende Latte zu unterstützen. Trifft man eine Belastung der Leiter ein, so daß sie sich durchbiegt, so wird sie, da der dem Gerüst zugehörige Leiterbalken nicht unterstützt und gehalten ist, durch die sehr ungenügende Latte nur an der Krümmung unterstützt; sie schlägt sich trotzdem an der Kreuzung durch und wird zerlegt durch die schräge Latte vom Gerüst abgehoben. So sieht man in der Abteilung „Arbeiterhaus“ gezeigt!

Als der Reichsverband der Baugewerksberufsgenossenschaften die Aufgabe, alle die von einer Leiter zur anderen, zur Leiterstütze haben. Hier... über dem Fußboden... Leiter zum Durchschreiten freizulassen. Mag die... 1,50 und 1,80 Meter... die Leiter...

passiert und der eine freie Kopfhöhe von 1,90—2,00 Meter haben muß, diese Leitern und Leiterpodeste begehen können?

Es würde zu weit führen, alle die Fehler und Mängel, sinnwidrigen Anordnungen und Unmöglichkeiten anzuführen, die schon bei oberflächlicher Betrachtung ins Auge fallen. Zwar soll nicht verkannt werden, daß auch manche gute und zweckmäßige Gerüstkonstruktion gezeigt wird, und ein Gerüst ist deshalb an sich noch nicht zu verwerfen, weil sein Konstrukteur einen Fehler im Aufbau macht. Bei einem Modell aber, welches vom Verband der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften als Ausstellungsobjekt bei einer internationalen Bauausstellung gezeigt wird, wo es vor aller Welt die Pflege und den „hohen Stand“ des Bauarbeiterspißes in Deutschland demonstrieren soll, müßten solche grobe Fehler, die ja zum Teil gegen die eigenen Vorschriften der betreffenden Berufsgenossenschaft verstoßen, unmöglich sein.

„Wie ist es möglich,“ wird mancher fragen, „daß man ein solches Modell aufbaut?“ Nun, das Modell ist nicht etwa, wie man glauben sollte, von Angehörigen der Berufsgenossenschaften, sondern von einer Berliner Firma im Auftrage des Verbandes deutscher Baugewerksberufsgenossenschaften gebaut. Und obwohl der Rummel 12000 M. kosten soll, hat man, wie mir ein technischer Aufsichtsbeamter mitteilte, die Ausführung ohne Zuziehung der Beamten der Berufsgenossenschaften vornehmen lassen! So konnte man denn auch wahrnehmen, daß einer wie der andere dieser Beamten, die ja bei ihrer Kontrolltätigkeit Gerüste und Gerüstbau kennen müssen, kopfschüttelnd vor den Modellen stand und sich Notizen machte. Ob irgendeiner aber auf Abstellung der Fehler gedrungen hat, scheint fraglich, da die Modelle ja jetzt am Schluß der Ausstellung alle diese Fehler noch aufweisen.

Es wird niemand behaupten können, daß die deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften durch die Ausstellung eines solch fraglichen Objektes ihr Haupt mit Ruhm beehrt haben. Haben denn die Vorstandsmitglieder der Berufsgenossenschaften, die doch wohl so ziemlich alle in der Ausstellung waren, alle die Sünden nicht bemerkt? Oder verstehen sie nichts vom Gerüstbau? Kennen sie nicht ihre eigenen Paragraphen? Wenn also die Herren Vorstandsmitglieder nichts gesehen haben, wer kann dann von den technischen Aufsichtsbeamten verlangen, daß sie etwas sehen? Wer mag denn auch der Sache die Schelle umhängen?

Uns aber muß unwillkürlich der Gedanke kommen: „Wenn das am grünen Holze geschieht, wie wird es dem dünnen ergehen?“ Wenn der Verband der Baugewerksberufsgenossenschaften trotz Aufwendung erheblicher Mittel und trotzdem ihm technisch geschulte Aufsichtsbeamte zur Verfügung stehen, nicht in der Lage ist, ein Ausstellungsobjekt, welches in der Abteilung „Bauarbeiterspiß“ einer internationalen Bauausstellung die Leistungen der genannten Körperschaften auf dem Gebiete des Bauarbeiterspißes aller Welt vor Augen führen soll, so darzustellen, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter nicht gefährdet werden, wie soll es dann erst in der Praxis aussehen? Sollen die Vorstände der Berufsgenossenschaften, die die hier gerügten und die vielen anderen Fehler offenbar nicht bemerkt haben und ihre Aufsichtsbeamten, die sie wohl zum Teil bemerkt, aber nicht auf Abstellung gedrungen haben, wohl auf die Dauer in der Lage sein, Leben und Gesundheit der Bauarbeiter genügend zu schützen? Kann man da noch das System der technischen Aufsichtsbeamten, die im Interesse des Unternehmertums stehen und die sogar einen Monopol in der Baukontrolle haben, als genügend ansehen?

„Nein!“ lautet die Antwort, die sich mit Naturnotwendigkeit aus dem hier Ausgeführten ergibt. Abgesehen davon, daß ein großer Teil der Unternehmer auf Jahre hinaus vor jeder Kontrolle sicher ist, da die jetzige Zahl der Revisionsbeamten zur dauernd erfolgreichen Kontrolle bei weitem nicht ausreicht, werden sich diese Beamten niemals von dem Bewußtsein freimachen können, wirtschaftlich vom Unternehmertum abhängig zu sein.

So trägt also der Verband der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften durch diesen Teil seiner Beteiligung an der Internationalen Bauausstellung selbst unabweisbar und ungenügend dazu bei, die Opportunität unserer schon seit langem erhobenen Forderung nach Baukontrollen aus dem Arbeiterstande zu beweisen. Was wir verlangen, das sind wirtschaftlich vom Unternehmertum unabhängige Männer, die den Gewerkschaften... und auf öffentlichen Mitteln befristet werden... mit besser praktischer Ausbildung, die besten Köpfe der Arbeiterschaft, die infolge ihrer unabhängigen Stellung in der Lage sind, wirklich energisch... Die Frage der Baukontrollen auf dem...

Arbeiterstande ist im Flusse, und wir werden nicht rasten, bis wir mit unserer Forderung, zu deren Begründung uns ihre schärfsten Gegner, wie vorhin gezeigt, selbst das Material liefern, durchgebrungen sind.

Zur Konjunkturentwicklung

In einem Ueberblick über die allgemeine Wirtschaftslage in der vorletzten Nummer bemerkten wir zum Schluß, daß zwar die Ergebnisse des laufenden Jahres noch überwiegend befriedigend seien, daß aber in den Ausblicken für die kommende Zeit Unsicherheit bestände. Zu den Merkmalen dieser Unsicherheit muß die Abschwächung gerechnet werden, die der Ruhrkohlenmarkt im dritten Quartal erfahren hat. Bis zum Schlusse des zweiten Quartals herrschte Hochkonjunktur. Das Kohlenyndikat hatte bis dahin den ihm angeschlossenen Zechen eine Ueberförderung der Beteiligungsziffer von 5 Prozent gestattet. Mit dem Beginn des dritten Quartals trat aber eine Einschränkung der Förderziffer von 5 Prozent in Kraft, die bis Oktober angehalten hat; für November ist sie dann weiter erhöht worden auf 12 1/2 Prozent. Eine noch größere Einschränkung wurde für Bricketts und Rols vorgeschrieben; bei letzterem beträgt sie ab Oktober 35 Prozent. In einer Zuschrift an die „Frankf. Ztg.“, die vermutlich aus Zechenbesitzertreuen stammt, und die deshalb mit der gebührenden Vorsicht aufzunehmen ist, wird die Einschränkung nur mit dem „Niedergang in der Eisenindustrie“ begründet. Inwiefern das richtig ist, läßt sich vorläufig schwer beurteilen. Sicher ist, daß die anhaltende milde Temperatur der letzten Wochen ein gut Teil zu der Erschwerung der Absatzverhältnisse am Kohlenmarkte beigetragen hat.

Die Gewinnergebnisse der Ruhrzechen zeigen im dritten Quartal gegenüber den vorhergehenden ebenfalls einen kleinen Rückgang; dagegen sind sie gegen die gleiche Zeit des Vorjahres gestiegen, in der Ueberzahl sogar recht erheblich. Das Gesamtergebnis des Jahres 1913 wird voraussichtlich einen neuen Rekord der Ruhrzechengewinne bringen. Die Ausblicke für das vierte (laufende) Quartal sollen nach der schon erwähnten Zuschrift etwas ungünstiger geworden sein.

Unklar lagen und liegen noch die Verhältnisse in einer Anzahl Branchen der Eisenindustrie. Starke Preisrückgänge waren an der Tagesordnung. Besonders schwierig gestaltete sich die Lage am Stabeisenmarkt und am Markt in Blechen und Röhren. Die Abschwächung beschränkte sich jedoch in der Hauptsache auf den Inlandsmarkt, die Ausfuhr von Eisen und Eisenerzeugnissen ist gegen das Vorjahr recht erheblich gestiegen. Der Eisenerport hatte im September 1913 einen Wert von 106,3 Millionen Mark gegen 98,4 Millionen Mark im September vorigen Jahres; auch gegen den vorhergehenden Monat (August) bedeutet das eine Zunahme. Der Gesamtwert der Eisenausfuhr in den ersten neun Monaten dieses Jahres ist damit auf nahezu eine Milliarde gestiegen gegen 853 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Und die Berliner Handelsgesellschaft konstatiert die für die Situation im Eisengewerbe charakteristische Tatsache, daß speziell die Ausfuhr von Formeisen sowie von Blechen, Röhren und Drahtstiften eine weitere beträchtliche Erhöhung erfahren hat. In der gesteigerten Ausfuhr dürften auch die tiefsten Ursachen der erwähnten Preisrückgänge zu suchen sein. Bei dem Absatz im Ausland hat man es nämlich mit der äußerst scharfen Konkurrenz der Engländer zu tun. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man die Preisrückgänge in der Eisenindustrie nicht so ohne weiteres als Krisenerscheinungen betrachten dürfen. Für den Stabeisenmarkt, der am meisten zu Bedenken Anlaß gab, wird übrigens in den letzten Tagen auch für das Inlandsgeschäft eine Besserung der Ausblicke gemeldet.

Zu der Erschwerung des Eisengeschäfts hat zweifellos der ungünstige Geschäftsgang im Baugewerbe nicht unwesentlich beigetragen. Die veränderte Bauweise, die Anwendung des Eisenbetons in steigendem Umfange, haben der Eisenindustrie große Aufträge gebracht, deren Ausbleiben oder doch starke Minderung in diesem Jahre man dort sehr fühlbar empfindet. Wenn im nächsten Frühjahr eine stärkere Bautätigkeit einsetzt, wofür immerhin Anzeichen vorhanden sind, so wird das auch für den Eisenmarkt eine teilweise Neubelebung bringen. Wenigstens würde dadurch ein gewisser Ausgleich für anderweitige Ausfälle und Rückgänge geschaffen, mit denen am Eisenmarkt für die kommende Zeit in verstärktem Maße gerechnet werden muß.

Ein durchweg günstiges, ja glänzendes Bild zeigt nach wie vor die deutsche Roheisenzeugung. Hier sind noch keinerlei Anzeichen einer Krise zu spüren. Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenzeugung in Deutschland und Preussens während des Monats Oktober 1913 insgesamt 1 650 205 Tonnen gegen 1 589 197 Tonnen im September 1913 und 1 552 262 Tonnen im Oktober

1912. Damit hat die deutsche Roheisenproduktion einen neuen Rekord zu verzeichnen; denn die bisher höchste Monatsziffer hatte der August 1913 mit 1 647 718 Tonnen aufzuweisen. Wie sich die Roheisenerzeugung in den einzelnen Monaten seit Jahresbeginn 1910 gestaltet hat, macht die folgende Tabelle ersichtlich:

	1910	1911	1912	1913
	To.	To.	To.	To.
Januar . . .	1 177 574	1 320 685	1 372 749	1 609 714
Februar . . .	1 091 351	1 179 109	1 319 827	1 492 511
März . . .	1 250 184	1 322 114	1 424 076	1 628 190
April . . .	1 202 117	1 285 395	1 451 404	1 587 300
Mai . . .	1 201 735	1 312 255	1 492 157	1 641 600
Juni . . .	1 219 071	1 262 997	1 452 657	1 608 305
Juli . . .	1 228 316	1 290 106	1 468 011	1 647 718
August . . .	1 262 804	1 285 942	1 487 448	1 638 824
September . . .	1 232 477	1 250 702	1 479 285	1 589 197
Oktober . . .	1 291 379	1 322 114	1 589 262	1 650 205
November . . .	1 272 333	1 323 683	1 537 205	
Dezember . . .	1 307 084	1 377 637	1 566 025	

Für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres berechnet sich nunmehr die gesamte deutsche Roheisenproduktion auf 16 093 564 Tonnen gegen erst 14 536 376 Tonnen in Januar bis Oktober 1912.

Auf dem Geldmarkte ist infolge der Ermäßigung des Reichsbankzinsfußes eine Erleichterung unüberkennbar. In Berlin insbesondere ist das Geld jetzt außerordentlich flüssig. Dagegen ist die Lage des internationalen Geldmarktes immer noch sehr unsicher, teilweise bedenklich. Es besteht die Befürchtung, daß durch die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten die in Deutschland eingetretene Erleichterung in ihrer vollen Wirkung behindert wird. Die Gefahr, daß uns größere Mengen Goldes durch das Ausland entzogen werden, ist auch keineswegs geringer geworden.

Wenn wir das Gesamtbild der derzeitigen Wirtschaftslage nochmals überschauen, so bleibt bestehen, was wir in der vorletzten Nummer schon gesagt haben, nämlich, daß Anzeichen einer beginnenden Konjunkturabschwächung vorliegen, daß man aber der weiteren Gestaltung der Lage keineswegs jetzt schon mit übertriebener Schwarzseherei zu begegnen braucht. Das letztere möchten wir selbst in bezug auf die Zukunft des Eisenmarktes sagen. Dem übertriebenen Pessimismus, in dem sich viele Leute gegenüber dem letzteren ergehen, wird jetzt von führenden Männern aus der Eisenindustrie selbst entgegengetreten. So führte der Geh. Baurat Deutenberg, Generaldirektor der Phönix, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, einem der bedeutendsten Hüttenwerke des Westens, in der in den letzten Tagen stattgefundenen Generalversammlung der Aktionäre aus, man dürfe annehmen, daß das Frühjahr eine Besserung bringen werde, weil für diese Zeit eine Belebung der Bautätigkeit zu erwarten stünde, und weil ja infolge der politischen Beunruhigung viele neue Aufträge im Auslande zurückgestellt worden seien. Voraussetzung sei freilich Besserung des Geldmarktes. Einen kleinen Anlaß dazu habe ja schon die Reichsbank gemacht. Ob eine starke Erholung des ausländischen Bedarfs eintreten werde, bleibe abzuwarten. Zu übertrieben schlechten Neußerungen jedoch, als ob das Eisengroßgewerbe Zeiten entgegengehe, wie man sie schlechter kaum jemals gehabt habe, liege heute hinreichender Grund noch nicht vor. Bemerkenswert möchten wir noch hierbei, daß am 1. November l. J. der Bestand an Aufträgen beim Phönix 430 000 Tonnen betragen hat, gegen 460 000 Tonnen zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, das für die Eisenindustrie bekanntlich ein ausnehmend günstiges war. An Dividende verteilte der Phönix 18 Prozent, wie im Vorjahre. =

Allgemeines

Die Zukunft des Bauversicherungsgesetzes. Die Regierung hat bekanntlich über die den Bauhandwerkern durch Bauwindel zugefügten Verluste eine Statistik aufnehmen lassen. Dieselbe ist aber bisher der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht worden und auch dem zuständigen Ministerium für Handel und Gewerbe nur erst in einzelnen Auszügen zugegangen. Indessen wird an der Erwartung festgehalten, daß der Handelsminister noch vor dem Beginn der Tagung des preussischen Abgeordnetenhauses, das erst im Januar 1914 zusammentritt, sich darüber schlüssig wird, ob er im Parlament die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen empfehlen wird oder nicht. Da die maßgebenden Kreise der Regierung der Ueberzeugung sind, daß es sich bei diesen Maßnahmen um sehr schwerwiegende Eingriffe in das Wirtschaftsleben handelt, sollen die in Rede stehenden Statistiken ganz besonders sorgfältig auf ihre Beweiskraft hin geprüft werden.

Werkwürdig bleibt es jedenfalls, bemerkt dazu die „Bauwelt“, daß ein von der Reichsregierung eingebrachtes und vom Reichstag angenommenes Gesetz bis heute in keinem deutschen Bundesstaate zur Einführung gelangt ist, obwohl es nach den Bestimmungen des Gesetzes möglich wäre, die Einführung auf eine bestimmte Kommune zu beschränken.

Tuberkulose-Bekämpfung und Versicherungsweisen. Auf der kürzlich in Berlin stattgefundenen Internationalen Tuberkulose-Konferenz wurde auch die Bedeutung des Versicherungswesens für die Tuberkulose-Bekämpfung behandelt. Besonders Interesse verdienen die Ausführungen, die dabei von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, gemacht wurden:

Als 1902 die erste Internationale Tuberkulose-Konferenz in Berlin tagte, wies Bernhard Fraenkel in seinem Bericht über die Entwicklung des Kampfes gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit auf die innige Verbindung der damals in den Anfängen stehenden Heilstättenbewegung mit der sozialen Gesetzgebung des Deutschen Reiches hin. 1895 ist die erste Lungenheilstätte eines Trägers der Invalidenversicherung errichtet worden. Ende 1902 zählte man schon 15 Heilstätten mit 1100 Betten für Männer und 417 Betten für Frauen und am Schluß des Jahres 1912 39 Heilstätten mit 3512 Betten für Männer und 1358 Betten für Frauen. Mit einem Kostenaufwand von 19,2 Millionen Mark wurden 1912 im ganzen über 50 000 Lungenkranke behandelt. Im Jahre 1902 wurden 78 von 100 ständig behandelten Kranken so weit gebessert, daß Invalidität in absehbarer Zeit nicht zu befürchten war. Diese Verhältniszahl stieg 1912 durch Vervollkommnung der Behandlungsweise und strengere Auswahl der Heilstättenpflanzlinge auf 92. Die Dauererfolge betragen Ende 1902 42 v. H. der 1898 erfolgreich Behandelten. Von den 1907 mit Erfolg Behandelten waren Ende 1912 noch 57 v. H. erwerbsfähig. Diese Erfolge sprechen für die hohe Bedeutung der Heilfürsorge der Träger der Invalidenversicherung und den großen Wert der Heilbehandlung. Auf der ganzen Linie zeige die Entwicklung der letzten zehn Jahre auf einschlägigen Gebieten einen steten planmäßigen Fortschritt. Es konnte der Redner zum Schluß seine interessanten, beifällig aufgenommenen Ausführungen dahin zusammenfassen, daß die Versicherungsanstalten, unterstützt durch eine vervollkommnete ärztliche Wissenschaft, in verständnisvollem Zusammenwirken mit anderen zur Bekämpfung der Tuberkulose gegründeten Organisationen immer neue Gebiete in den Kreis ihrer Bestrebungen einbezogen haben und daß der Sieg über die Tuberkulose als Volkspein, wie er (Kaufmann) das schon auf dem vorjährigen Internationalen Tuberkulose-Kongress in Rom ausgesprochen habe, in Deutschland kein Traum mehr ist.

Besorgniserregende Worte finden wir in einem Artikel der „Essenader Volkszeitung“ (233, 1913), der über praktische Arbeiten der Gegenwart handelt. Da wird auf die steigende Macht der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung hingewiesen, der gegenüber die christlichen Gewerkschaften noch sehr der Stärkung bedürftig sind:

„Diese Stärkung soll aber nicht durch Protektion von anderer Seite erfolgen. Unsere Arbeiter selbst müssen erkennen, daß die Gewerkschaft eine sachlich zwingende Notwendigkeit ist, um ihnen im neuzeitlichen Arbeitsverhältnis die gebührende Position zu sichern. Der moderne Arbeitsvertrag, in dem Arbeitgeber und Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten sind, wird nur dann auch praktisch verwirklicht, wenn aus dem Einzelvertrag der korporative oder tarifliche Arbeitsvertrag wird. Und heute, wo eine große Anzahl Berufe bereits zu großen Bezirken, selbst zu Reichstufen gelangt sind, kann nur die Organisation die Grundlage zu derartigen Abschlüssen bilden. Dessen sich bewußt, sind die freien Gewerkschaften seit langem bestrebt, durch sogenannte Monopoltarife alle anderen Stellungen auszuscheiden, wie es leider in einigen Berufen gelungen ist. Geht diese Entwicklung weiter, dann bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als die Existenz der christlichen Gewerkschaften aufs Spiel zu setzen. Eine Hemmung erfährt diese Tendenz nur durch eine starke christliche Arbeiterbewegung, die Macht genug besitzt, um diesen ebenso brutalen wie gefährlichen Experimenten ein Ziel zu setzen.“

Dazu bedarf es aber gründlicher und umfangreicher Aufklärungsarbeit in der Arbeiterwelt: Erkenne man auch hier endlich, was die Zeit erheischt, sonst können die nächsten Jahre Zustände bringen, von denen man mit Recht sagt, daß die letzten Dinge schlimmer denn die ersten sind. Darum wirtschaftliche Berufsvereine und religiöse Ständeorganisationen, damit uns die Arbeiterwelt erhalten bleibt, und die in ihnen schlummernde Kraft unserer ganzen Sache dienstbar gemacht wird.“

Gründliche Aufklärungsarbeit in den breiten Schichten der nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu leisten, ist auch eine wichtige und dankbare Aufgabe der bürgerlichen Tagespresse. Wenn dies immer im vorstehenden Sinne geschehen würde, könnten der christlichen Arbeiterbewegung manche Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden.

Keine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens. Die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz“ schreibt:

Eine gesetzliche Regelung des Submissionswesens, wie sie neuerdings mehrfach erörtert worden ist, scheidet für absehbare Zeit aus. Nachdem die Reichsregierung eine einheitliche Regelung des Submissionswesens durch die Reichsgesetzgebung als nicht angängig bezeichnet hat und die preussischen Ressortminister einen gleichen Standpunkt auch für Preußen vertreten, bleibt zur Berücksichtigung berechtigter Wünsche besonders der Handwerkerkreise nur die Ausgestaltung des Submissionswesens im Verwaltungswege übrig. Im Reichstage trafen grundsätzliche für reichsgesetzliche Regelung die nationalliberale Partei, die Fortschrittliche Volkspartei und die Polen ein, während die Konservativen sich ablehnend verhielten und ein Vorgehen durch die Verwaltungsinstanzen in den Einzelstaaten für zweckmäßiger erachteten. Die Zentrumspartei erklärte sich bereit, an einem etwaigen Regierungsentwurf zur reichsgesetzlichen Regelung mitzuarbeiten,

ohne sich aber für eine solche Erledigung grundsätzlich festzulegen. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben sich die Verhandlungen über die Submissionsfrage schließlich auf folgende Punkte konzentriert: Erziehung des „annehmbaren“ Preises in den Submissionsbedingungen durch den „angemessenen“ Preis und stärkere Heranziehung von Sachverständigen, und zwar nicht nur bei Feststellung der Tarife und bei Vergabe der Arbeiten, sondern auch bei der Abnahme und bei der Ueberwachung der Arbeiten. Diese Gesichtspunkte sollen gewissermaßen grundlegende Bedeutung in den Ausschreibungsbedingungen der Reichs- und Landesverwaltungen erhalten. Der preussische Eisenbahnminister hat bereits den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entsprechende Anordnungen für sein Ressort erlassen und vom Staatssekretär des Innern sind die Erlasse übernommen und seinem Ressort zur Beachtung mitgeteilt worden. Auch die Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist zum Entgegenkommen bereit, und ebenso befunden Marine- und Geeresverwaltung ihre Bereitwilligkeit, das Submissionswesen so zu handhaben, daß dem Handwerk die Beteiligung an Lieferungen ermöglicht wird. So konnten anlässlich der durch die Geeresvermehrung erforderlichen Beschaffungen auch umfangreiche Aufträge an Handwerker-vereinigungen gegeben werden.

Als wichtige Maßnahme für die ständige Heranziehung des Handwerks zu Reichs- und Staatslieferungen wird allgemein die Einrichtung von Verbindungsamtern für das Handwerk angesehen. Diese Ämter sollen gleichmäßig den ausschreibenden Behörden wie den Handwerkern zur Seite stehen, sie beraten und aufklären und ausgleichend wirken. Mit staatlicher Hilfe wird gegenwärtig bei der Handwerkskammer in Breslau mit einem solchen Verbindungsamte ein Versuch gemacht, der nach den bisherigen Erfahrungen günstige Ergebnisse erwarten läßt. Sollte sich dieses Verbindungsamte als zweckmäßig erweisen, so wird die preussische Staatsregierung zweifellos Mittel bereitzustellen, um die Schaffung weiterer Verbindungsamte zu unterstützen und damit eine umfassende Organisation herzustellen. Auf diesem Wege soll eine schnellere Ordnung des Submissionswesens erzielt werden, als es im Wege der Gesetzgebung möglich sein würde. Der Handwerks- und Gewerbetag wird dann eine Zentralstelle für das Submissionswesen einrichten, um Auskünfte zu erteilen und Erfahrungen auszutauschen.

„Der Gewerbeverein“, das Reichs-Dundersche Hauptorgan, beurteilt Stand und Aussichten der allgemeinen Wirtschaftslage höchst pessimistisch. In seiner Nummer 87 vom 29. Oktober erörtert er sich, daß von einem Niedergang der Konjunktur gewisse Kreise immer noch nichts spüren wollten. Und in einigen nach seiner Ansicht ungünstigen Zahlen der Handelsstatistik sieht er „deutliche Zeichen der nahenden Krise, die sich in allen Ländern bereits geltend macht“. — Der „Gewerbeverein“ nimmt es uns vielleicht nicht übel, wenn wir ihn auf einige Irrtümer aufmerksam machen, die ihn in seiner Berichterstattung unterlaufen sind.

So sagt er in der schon erwähnten Nummer 87, Anfang des Jahres habe es allerdings geheißen, als wenn die von verschiedenen Seiten in Aussicht gestellte Krise nicht eintreten würde. Hätte sich doch für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres in Deutschland eine Steigerung der Ausfuhr um nicht weniger als rund 9 Millionen Mark oder etwa 18 1/2 Prozent ergeben. Der englische Außenhandel sei bis in den Juli hinein ähnlich verlaufen. Mit dem August aber sei auf einmal in beiden Ländern ein merklicher Umschwung eingetreten. Und die englischen Außenhandelsziffern deuteten darauf hin, daß die ungünstigen Augustziffern nicht auf einen Zufall beruhten. —

Zunächst stimmt es auf keinen Fall, daß die Steigerung des deutschen Exports in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres „nicht weniger“ als 9 Millionen Mark betragen hat. Mindestens sind ebenso viele hundert Millionen gewesen. Die Ausfuhrsteigerung in den ersten neun Monaten betrug 111,4 Millionen Mark.

Was dann die „nicht auf einem Zufall“ beruhenden ungünstigen Augustziffern anbelangt, so darf man da doch wohl an die alte Erfahrungstatsache erinnern, daß man mit Schlussfolgerungen aus dem Ergebnis eines Monats gar nicht vorsichtig genug sein kann. Auch jetzt folgte auf den weniger befriedigenden August ein geradezu glänzendes Ergebnis im September: Einfuhr 830 Millionen Mark, Ausfuhr 870 Millionen Mark, d. h. gegen den August eine Steigerung der Einfuhr um 14 Millionen Mark, der Ausfuhr aber um fast 100 Millionen Mark. Das Ergebnis vom Oktober bleibt noch abzuwarten.

Völlig unverständlich ist uns dann die Notiz in Nummer 89 des „Gewerbeverein“, wo er schreibt:

„Die Behauptung der „Arbeitgeber-Zeitung“, daß von einer herannahenden Krise noch nicht die Rede sein könne, wird am besten Lügen gestraft durch die Vorgänge, die sich in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin abspielten. Dasselbst werden jetzt den Arbeitern unter Hinweis auf den ungünstigen Geschäftsgang andauernd Akkordabzüge gemacht, die zum Teil ein Drittel der festgelegten Preise ausmachen.“

Es ist schon an sich ein mehr als kühnes Unternehmen, aus der Begründung, mit der ein Unternehmer seinen Arbeitern Lohnabzüge aufzwingt, eine Wirtschaftskrise beweisen zu wollen. Aber der Vereinfachung des „Gewerbeverein“ ist in diesem Falle noch viel größer. Wenn nämlich ein Unternehmen Anlaß hat, mit den Ergebnissen des laufenden Jahres zufrieden zu sein, dann die Berliner Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft. Das weist der kürzlich herausgekommene Jahresgeschäftsbericht der Gesellschaft unüberdeutlich nach. Danach beträgt die Dividende, wie auch im Vorjahre, 14 Prozent, was aber eine erhebliche Steigerung der Ausbeute bedeutet, denn die 14 Prozent kommen diesmal auf

155 Millionen Mark Aktien zur Ausfüllung, gegen 130 Millionen Mark im Vorjahr. „Am besten liegen gestraft“ aber wird der „Gewerksverein“ mit folgenden Ausführungen aus dem Vorstandsbericht:

„In der 30jährigen Geschichte der Gesellschaft hat das am 30. Juni 1913 beendigte Berichtsjahr die besten bisher erreichten Ergebnisse, insbesondere auch an Umsätzen und Aufträgen, erbracht und bewiesen, daß unser Gewerbe den anhaltenden politischen Beunruhigungen ausreichenden Widerstand leisten konnte. Richtig starke Verlangsamung würde die Ertragnisse unserer Arbeit vermutlich nicht gefährden, wohl aber die Ueberanstrengung unserer zwei- oder dreischichtigen Herborbringung mitbrennen und zugleich umfassende Verbesserungen der Herstellungsweise erleichtern. Bisher (der Bericht wurde im Oktober abgefaßt) ist aber Abnahme der Beschäftigung bei uns kaum wahrzunehmen, weil die fortschreitende Ausrüstung mit Elektrizität in Europa, besonders im russischen Reich, sowie außerhalb Europas uns große Umsätze bringt. In Deutschland hat die Verjüngung weiter Landesgebiete mit Strom einen neuen Anstoß erfahren durch die wachsende Erkenntnis, daß die Antriebsleistung an den Fundorten der Wärme- und Wasserkräfte zusammengefaßt werden muß.

Unser verrechneter Umsatz überstieg im Berichtsjahre den des Vorjahres um rund 60 000 000 M. In den ersten beiden Monaten des laufenden Geschäftsjahres (Juli und August) waren diese Umsätze um rund 23 000 000 M. höher, als in der entsprechenden Zeit des vorigen Jahres. Von neuen Aufträgen wurden um etwa 30 000 000 M. mehr gebucht; darin sind die Aufträge für die Seehafen- und Kanalarbeiten nicht berücksichtigt.

Demnach der „Gewerksverein“ den Arbeitern einen Dank aussprechen wollte, dann hätte er die Vorgänge in der A. G. dazu benutzen sollen, um an ihnen zu zeigen, nach welcher struppelhaften, ja brutalen Grundformen in der Entlohnung der Arbeiter heute vielfach verfahren wird. Als der Geschäftsgang in eigenen Betrieben und Gewerbe war maßgebend, als die A. G. Lohnsätze vornahm, sondern die allgemeine Lage, oder, wie die Verwaltung der A. G. es offiziell darstellt, das Verhalten, die Arbeitslöhne auf einen der jetzigen Stande möglichst angepassten Stand zu bringen, d. h. also sie herabzusetzen. Dabei weiß der Geschäftsführer von einer Verschlechterung der Lage überhaupt nichts zu melden! Der „Gewerksverein“ wird gut daran tun, in ähnlichen Fällen künftig etwas mehr Rücksicht aufzubringen. Demnach sollte er davon Abstand nehmen, mit solchen Dingen die herannahende Krise bewahren zu wollen.

„Die wahren Ausbeuter der Arbeiter.“ Seit es eine gelbe Arbeiterbewegung gibt, haben allerdings Leute, die sich früher niemals um die Arbeiterbewegung gekümmert haben, plötzlich ihr arbeiterfreundliches Gesicht geändert. In manchen Blättern, die weder selbst noch beauftragt sind, ein maßgebendes Urteil über die Arbeiterbewegung abzugeben, wird kräftig in Unterbrechung der gelben Bewegung gemacht. So bringt die „Arbeiterzeitung“ (Nr. 15, September 1913), die „Aufträge des deutschen Sparrentenverbandes“ von

Dr. Hode in Hannover herausgegeben wird, einen umfangreichen Artikel über: „Die wahren Ausbeuter der Arbeiter“, der sich in echt scharfmacherischen Gedankengängen ergeht. An Hand von gelben Schriften und zusammengetragenen Zitaten werden zunächst die sozialdemokratischen Gewerkschaften ob ihrer Ausgaben für Streiks zerzaust. Dabei versteht man es aber, wie das im gelben Lager und in der reaktionären Scharfmacherpresse immer mehr Mode geworden ist, von „Streitgewerkschaften“ überhaupt zu sprechen und schädigt dadurch natürlich die gesamte selbständige Arbeiterbewegung. „Wir meinen“, schreibt dazu sehr treffend der Münchener „Arbeiter“ (41, 1913), „daß die Korrespondenz des Verbandes der Sparrenten wichtigeren Aufgaben hätte, als die unabhängigen Gewerkschaften in ein schiefes Licht zu stellen. Unter den Mitgliedern der „Streitgewerkschaften“ sind gar viele, die auch Sparrenten auf den Sparrenten liegen haben, deren Interessen doch die Korrespondenz dienen will und soll. Wir hätten von dieser an sich unscheinbaren Tatsache keine Notiz genommen, wenn sie nicht geradezu typisch wäre für die Art und Weise, wie man gelben Gedanken allenthalben Eingang zu verschaffen bestrebt ist, indem man die selbständigen Arbeiterorganisationen einfach heruntersägt.“

Moral mit doppeltem Boden. Der Genosse Krampfer in Neumünster, Kassierer des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikels, lange Jahre 2. Vorsitzender der Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes, neugewähltes Ausschussmitglied der Ortskrankenkasse, ein sehr eifriger Verbreiter der Köhlingschen Eubeltröschüre, der sich besonders über die „Geldschrankschlüsselgeschäfte“ gewaltig entrüstete, hat mehrere Tausend Mark Gewerkschaftsgelder untergeschlagen und für sich verbraucht. Einige Genossen beziffern die veruntreute Summe auf mindestens 5000 M. Die Unterschlagungen gehen teilweise bis zum Jahre 1906 zurück.

In der von Sozialdemokraten beherrschten Solinger Ortskrankenkasse sind unlängst belamtidig große Betrugsereien aufgedeckt worden. Die Kassenleitung wurde von der Aufsichtsbehörde ihres Amtes entsetzt, ferner wurden sieben Mitglieder des Kassenvorstandes unter Anklage gestellt. Die sozialdemokratische Presse hat sich große Mühe gegeben, die Sache zu beschönigen und harmloser darzustellen, als sie in Wirklichkeit ist. Gegenüber umherwirrenden Gerüchten behaupteten sozialdemokratische Blätter, daß sich die Höhe der Unterschlagungen nur auf etwa 60 000 M. belaufe. Wie jetzt aus Solingen mitgeteilt wird, ist die Kasse jedoch um eine Summe von über 100 000 M. befehlet und betrogen worden. Neben den sieben bisherigen Angeklagten sei noch eine achte Person unter Anklage gestellt worden. Es steht ein richtiger Skandalprozess bevor, bei dem die sozialdemokratische Verwaltungslust offensichtlich an den Pranger kommen wird.

Man beachte die nette Doppelmoral! Während man sich selbst in unverantwortlicher Weise an Arbeitergeldern bereichert, sucht man Vertreter anderer Arbeiterorganisationen auf Grund unbewiesener Behauptungen aufs schwerste zu verdächtigen. Und da hat das rote Pressegelichter noch den Mut, sich zum Richter über die „sittliche Erziehungsbefähigung“ christlicher Gewerkschaftsführer“ aufzuwerfen!

Bekanntmachung des Hauptvorstandes

(An unsere Mitglieder.)

Wir teilen hierdurch mit, daß die schon längst geplante Errichtung eines Sekretariats für Bauarbeiterschutzes nunmehr zur Tatsache geworden ist. Die Gründung ist vorgenommen auf Anregung und mit Unterstützung der am Bauarbeiterschutzes interessierten Organisationen, des Bauarbeiterverbandes, des Metallarbeiterverbandes, des Holzarbeiterverbandes, des Malerverbandes und des Verbandes der Keram- und Steinarbeiter. Die neue Stelle ist dem Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften angegliedert und durch den Kollegen Butterbrodt besetzt. Das Sekretariat hat die Aufgabe, den Bauarbeiterschutzes in jeder Weise zu fördern und stets eingzugreifen, wo sich nur eine Handhabe bietet. Aus den immer noch erschreckend hohen Unfall- und Erkrankungs-ziffern ergibt sich von selbst die Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Bauarbeiter. Wenn aber das neugegründete Sekretariat in wünschenswerter Weise arbeiten soll, so bedarf es der vollen Unterstützung und Mithilfe aller an Bauarbeit beteiligten und am Bauarbeiterschutzes interessierten Mitglieder unseres Verbandes. Wir richten deshalb an unsere Vertrauensleute, Vorstände und Mitglieder die Aufforderung, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten, sich in allen auf den Bauarbeiterschutzes beziehenden Fragen mit dem genannten Kollegen in Verbindung zu setzen, ihm von allen geeigneten Fällen und Vorkommnissen Mitteilung zu machen, ihm Anregungen zugehen zu lassen und Vorschläge zu unterbreiten. Wir werden in einiger Zeit der Sache des Bauarbeiterschutzes noch näher treten und unseren Mitgliedern weitere Mitteilung machen.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperri sind: Gelsenkirchen (Fliesenleger) (Sperrung über die Firma Hümebed & Co). Bittburg, Eifel (Sperrung über die Firmen Garjon jr. und sen. wegen Maßregelung). Jöbenbüren (Sperrung über den Bauunternehmer Duhmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages). Hamm i. W. (Sperrung über das Studegeschäft Heinrich Müjeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Caterberg (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann). Neustadt (Schwarzwall) (Streit der Zimmerer). Steels (Sperrung über die Firma Fr. Flud wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages und Maßregelung). Großeslingen (Sperrung über die Firmen Jos. Grupp, Karl Wani, Paul Grupp, Jos. Gaas, Jos. Singer, Jos. Stalber). Saffig (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Bleicherode a. Harz (Streit bei den Firmen Wenzel und Balleroth). Rheinberg (Sperrung über das Plattengeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). Nachen (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. G. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Hamm (Streit der Fliesenleger). Bezug ist fernzuhalten.

Ein interessanter Brückenbau

Enden am Bodensee ist bedroht, seinen Charakter als See zu verlieren, wodurch es einen seiner landwichtigen Eigenschaften einbüßen würde. Die See wurde im Jahre 1850 durch einen Eisenbahndamm mit zwei Durchlässungen von geringer Breite mit dem Festlande verbunden, dieser bildet den Abschluß des Sees, der auf einer Seite von dem Ufer der See und auf der anderen vom Festlande begrenzt wurde. Während vorher die Wasser des Bodensees ungehindert zwischen der See und dem Festlande hindurchströmen konnte, war durch den Damm ein Damm geschaffen, in das jedes Wasser wie vorher die Abwässer fließen und das am Festlande liegenden Dorfes angeschlossen werden. Die geringen Durchlässungen im Eisenbahndamm genügt nunmehr nicht, den Bedarf zwischen Wasser in den angrenzenden See zu betreiben, jenseit der Damm der Durchlässe so hoch gelegen war, daß bei Regenzeit gewisse eine ganzliche Überschwemmung des angrenzenden Dorfes von Bodensee stattfand. Es hätte sich Schließvorrichtungen, Sammelgräben, und das in einem See oder genügend tiefen Kanälen angelegte Wasser war in kurzer Zeit verstanden.

Das eine 30jährige Damm dieser Uferlinie, die der Errichtung des Damms trotz Einsturz aller Abwässer nicht bestanden hatten, tendieren eine Anzahl Projekte an, welche die Befestigung der Uferlinie bewirken sollte. Man wollte den See ein wenig vergrößern, an einer Stelle den See erweitern und nur durch einen regulären See von etwa 70 Meter Breite, entlang des Ufers des Durchlasses des Damms gestalten. Wäre das von den hohen Kosten, die durch den Brückenbau und die Ausfüllung des Sees entstehen würden, wäre das auch mit künftigen jährlichen Ausgaben für die Errichtung der Geröllschutze zu rechnen, die sich dem Festlande entlang am Bodensee ständig hinzufügen und in kurzer Zeit das Inselchen verengen würden.

Ein solches Projekt bestand darin, den ganzen See in zwei Teile zu teilen und an jeder Stelle eine Durchlässigkeit zu errichten. Man ein System von Brücken in Verbindung mit dem See. Ein Projekt, das wohl noch und noch gar nicht in Betrachtung war, aber immerhin ein Projekt ist, in dem bei gleich geringer Bewegung des Wassers ein Brückenbau noch einfacher erfolgt wäre. In beiden Fällen hätte die Insel von Bodensee als See eingestrichelt. Der See

zu diesen Projekten, die in der kostspieligen Ausfüllung des kleinen Sees zum Teil oder ganz gipfeln, war darin zu sehen, daß die Entfernung des Eisenbahndammes und sein Ersatz durch eine Brücke in ganzer Länge mit nur wenig starken Pfeilern zu kostspielig gewesen wäre. Denn Schlämme und Korallenmassen, sowie Anstimmungen in bedeutender Tiefe bildeten den Untergrund, auf den man den Damm durch mächtige Stützstützungen gegründet hatte.

Die Ingenieure Heimbach und Schneider in Lindau-Gaardt haben nun durch den Entwurf einer Brücke, deren eigenartige Konstruktion die Möglichkeiten des Eisenbetons in vollkommener Weise ausnützt, eine eigenartige Lösung gefunden, die in Modellen und Plänen in der Halle „Baukunst“ der Internationalen Bauausstellung ausgestellt war. Die Neugründung von Stützstützen an Stelle des Damms war infolge der bedeutenden Gründungskosten nicht durchführbar. Ein Aufheben der Pfeiler auf die alte Dammgründung hätte zu einer Bewegung der Massen geführt, die in ruhigem, aber noch bestehendem Zustand seit etwa 40 Jahren lagerten. Der Pfeilerdruck auf den Untergrund würde die bisherige Belastung der Gründung durch die Dammmassen bedeutend übersteigen. Die Kosten einer Brücke mit nur 70 Meter Spannweite, durch die ein ebenso breiter Durchlaß wie im ersten Projekt erwünscht, auf der Festlandseite vorhanden wäre, würden einschließlich der Ausfüllung des kleinen Sees, durch die kostspielige Pfeilergründung und die zur Aufrechterhaltung des Eisenbahndammes notwendige provisorische Brücke, etwa 3 600 000 M betragen.

Eine eigenartige Gründung der Brücke auf dem alten Fundament des Erdammes, mit dessen Beweglichkeit man immerhin rechnen mußte, bildet nun das Besondere der neuen Entwurfs. Durch die natürliche Bewegung des Bodensandes wurde das Fundament des provisorischen Eisenbahndammes in einer Breite ausgefüllt werden, die für viergleisige Eisenbahnhauptbahnen genügt. Diese Breite des Fundaments soll in der Länge des Erdammes nach dem Projekt Heimbach & Schneider durch drei getrennt konstruierte, aber eng aneinander anschließende Eisenbetonbrücken überbaut werden. Während der bisherige provisorische Brücke maximale Druckverhältnisse Eisenbahndammes auf das Fundament ausübte, wird die viergleisige Eisenbahnhauptbahn, die der zwei Gleise auf der mittleren Brücke ruhen, nur 0,5 bis 1,0 Kilogramm-Quadratmeter, und selbst bei einer ezentri-

schen ungünstigen Belastung ist nur eine Kantendruckung von 1,06 Kilogramm-Quadratmeter möglich — eine Belastung, die hinter dem normalen Erddruck des Erdammes zurückbleibt.

Die Brücke ruht auf 64 Zentimeter starken Eisenbetonplatten, die mit 10,5 Meter Länge und 18,40 Meter Breite eng aneinander gelegt sind, so daß sie jede Bewegung des Erdmassen mitmachen können und durch die gleichmäßige Verteilung des erwähnten Druckes auf die alte Gründung des Bodensandes diese unverändert benutzen können. Auf jeder der Platten sind zwei je 1 Meter dicke Pfeiler in einer Entfernung von 6 Meter so aufgebracht, daß jede der Platten eine 1,25 Meter breite konsoleartige Ausladung hat. Die Eisenbetonpfeiler der einzelnen Platten sind durch oben eingesperrte Balken zu einem kastenförmigen Gebilde zusammengeschlossen, während in Abständen, die die Pfeiler lassen, Betonplatten gelenkig aufgelagert sind, die den Übergang von Platte zu Platte herstellen. Die erwähnten anstragenden Fundamentplatten sind natürlich so tief gelagert, daß auch bei niedrigstem Wasserstand ein festes Ueberstreichen der Wellen stattfinden kann. Die eigenartige Anlage dreier nebeneinander laufender, durch parallele, zur Brückenlage durch Zugen getrennte Eisenbetonbrücken erschien deswegen angebracht, weil sonst die Errichtung einer bei den schlechten Gründungsverhältnissen teureren Holzbrücke noch notwendig geworden wäre. Während der zweigleisige Verkehr auf dem Damm aufrecht erhalten werden kann, kann je rechts und links von ihm mit der Herstellung der Fundamente und der Errichtung der beiden je eingleisigen Brückenkonstruktionen begonnen werden. Wird dann der Verkehr über diese geleitet, kann die Abräumung des zwischen den beiden Brücken liegenden Bodensandes und die Errichtung der mittleren viergleisigen Eisenbetonbrücke begonnen werden. Die aus dem alten Damm gewonnenen Kies- und Erdmassen sollen, wie nur nebenbei bemerkt sein mag, zu einer trichterförmigen Verengung des kleinen Sees nach der Seite hin benutzt werden, nach der die meiste Strömung durch die herrschenden Winde herbeigeführt wird, um die Strömungsgeschwindigkeit des Wassers zu erhöhen.

Durch diese den Verhältnissen günstig angepaßte Art der Ausführung stellen sich die Kosten dieses Projektes infolge der Erbauung und Gründung der provisorischen Brücken nur auf 1 751 000 M gegen 3 600 000 M des im Anfang erwähnten Projektes.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 23. November, der neunundbreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Arle. Im Juni wurde hier eine Zahlstelle des christlichen Bauarbeiterverbandes gegründet. Seit dieser Zeit haben die Kollegen recht kräftig für den christlichen Gewerkschaftsgedanken Propaganda gemacht, die nicht ohne Erfolg geblieben ist. Dieses kam besonders bei der Ausschlußwahl zur Krankenkasse für den Landkreis Norden zum Ausdruck. Wir gingen mit dem evangelischen Arbeiterverein zusammen. Das Resultat war für unsere Liste 66 Stimmen, 4 Ausschlußmitglieder und 8 Erfahrmänner, die Liste der „Genossen“ 64 Stimmen und ebenfalls 4 Ausschlußmitglieder und 8 Erfahrmänner. Dieser Erfolg wird uns anspornen, auch in Zukunft den überaus steinigen Boden für unsere Ziele zu bearbeiten.

Wittich i. Lothr. Durch die Bewilligung der neuen Militärvorlage hat sich in den letzten Monaten in den Grenzorten Deutschlands eine sehr rege Bautätigkeit entwickelt. In allen Garnisonstädten werden zurzeit Kasernenbauten errichtet, so unter anderen auch in Wittich. Die Wohnverhältnisse in Wittich sind, weil die dortigen Kollegen bisher der Organisation ferngeblieben sind, weit hinter den Löhnen jener Städte zurück, in denen die Kollegen durch ihre Organisation schon längst dafür gesorgt haben, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die frühere schlechte Konjunktur im Baugewerbe mag wohl ein Grund mit gewesen sein, weshalb die Kollegen bisher der Organisation ferngeblieben sind. Die meisten Kollegen waren gezwungen, in Metz, Diebentzen oder sonst in einer anderen Stadt Lothringens oder der Umgebung ihren Verdienst zu suchen. Diese Verhältnisse sind jetzt anders geworden. Die Arbeit an den Kasernenbauten bietet den Kollegen von Wittich und Umgebung Gelegenheit, nahe bei ihren Heimatsorten ihr Brot verdienen zu können. Die Kollegen sehen auch ein, daß ihnen jetzt Gelegenheit geboten ist, in Wittich endlich einmal dahin zu streben, daß anständige Löhne und geregelte Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt werden. Unser Verband hat deshalb in den letzten Wochen versucht, die Kollegen des Witticher Landes für ihre Berufsorganisation zu gewinnen, um so gemeinschaftlich an der Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage arbeiten zu können. Der Ruf, den wir an die dortigen Kollegen ergoßen ließen, war nicht vergebens. Ueber 80 Kollegen aus Wittich und den umliegenden Orten sind in der letzten Zeit unserer Organisation als Mitglieder beigetreten. Auch der sozialdemokratische Bauarbeiterverband hat versucht, die Kollegen für seine Organisation zu gewinnen. Der Erfolg ist ein kläglicher. Trotz der gewaltigen Anstrengungen der beiden Straßburger Herren, die bisher unter Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Mittel versucht, den Kollegen von Wittich und Umgebung den Beitritt zu unserer christlichen Organisation zu verleiden. Unter falscher Flagge wurde versucht, die Kollegen zu gewinnen. Auch das mißglückte den Herren, da die Leitung unseres Verbandes rechtzeitig für Klarheit sorgte und die Kollegen darauf aufmerksam machte, daß Geistes Kind die betreffenden Herren sind, die jetzt so eifrig um ihre Gunst werben. In unseren Versammlungen, zu denen die Herren aus Straßburg zu Fuß und per Auto angereist kamen, hatten wir ja schon Gelegenheit, mit ihnen abzurechnen. In Sadorbach bei Wittich war es einem der beiden Herren bereits gelungen, eine Anzahl der dortigen Kollegen für seine Organisation zu gewinnen, aber nur dadurch, daß er auf den Einladungen zur fraglichen Versammlung vergessen hatte, den richtigen Namen der Organisation anzugeben, für die er agitierte. Erst als die Kollegen von uns darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie Mitglieder einer sozialdemokratischen Organisation geworden seien, mußten dieselben, woran sie waren. Der beste Beweis dafür, daß die Kollegen von dort nicht in einer solchen Organisation Mitglied sein wollen, war, daß sämtliche, die bereits eingetreten waren, zu uns übergetreten sind. Ihrem Beispiele sind auch die Kollegen der übrigen Orte gefolgt. Die Kollegen von Wittich und Umgebung haben hiermit gezeigt, daß sie es ganz entschieden ablehnen, Mitglieder einer sozialdemokratischen Organisation zu werden. Dieses wird auch den beiden Herren aus Straßburg in der Versammlung in Sadorbach klar geworden sein, daß für ihre Organisation dort kein Boden ist. Möge dieser begründete Standpunkt unserer Witticher Kollegen dazu beitragen, daß auch die übrigen christlich gesinnte Arbeiterschaft Lothringens diesem Beispiele folgt und sich ebenfalls nur ihren auf christlich-nationalem Boden stehenden Berufsorganisationen anschließt, um in denselben mit berechtigten Mitteln dahingehend zu arbeiten, daß sie als gleichwertige Faktoren bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden haben. Es sei hier noch mitgeteilt, daß die christlichen Gewerkschaften auch in anderen Gegenden Lothringens in der letzten Zeit sehr gute Fortschritte zu verzeichnen haben. Ganz besonders gilt dies für unsere Organisation, den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. An die gesamte Lothringener Arbeiterschaft ergeht von dieser Stelle aus der Aufruf: Schließt euch zusammen in euren Berufsorganisationen und als christliche Arbeiter nur in den christlichen Gewerkschaften!

Barmen-Oberfeld. Die Konferenz der Verwaltungsstelle fand am 2. November in Oberfeld statt. Die Delegierten der Zahlstellen waren vollständig erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die letzten Verhandlungen, 2. Kassenbericht vom 3. Quartal, 3. Antrag, 4. Verschickenes. Kollege Deppa-Barmen berichtete über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Mitgliedsbeiträge der Unternehmer sind aus dem Deutschen Arbeiterbund ausgetreten und ist es aus diesem Grunde notwendig geworden, für Barmen einen Tarifvertrag ab-

zuschließen. Auch wollten die Unternehmer für Zementfacharbeiter keinen höheren Lohn zahlen, als er für die Maurer beträgt, trotzdem die Löhne der Zementarbeiter bisher höher waren. Es kam jedoch zu einer Einigung. Hiernach beträgt der Lohn für Zementfacharbeiter für dieses Jahr 66, im nächsten Jahr 67 und im letzten Jahr 68 Pfennig, für Zementarbeiter 10 Prozent weniger. Zu Meibereien kam es bei den Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Zimmerern über die Einschalarbeiten, ob diese auch im Afford ausgeführt werden müssen. Auch hatten die Unternehmer die unparteiischen Beisitzer am Tarifamt strikte abgelehnt. Zu Punkt 2 gab Kollege Philipp Wollweber den Kassenbericht. Die Einnahme für die Zentrale betrug 6519,45 Mark. Die Ausgabe betrug einschließlich der an die Zentrale gesandten Gelder 6303,05 Mark. Es blieben noch an die Zentrale zu senden 216,40 Mark. Die Einnahme für die Verwaltungsstelle betrug 3089,10 Mark, die Ausgabe 1930,30 Mark, Bestand für nächstes Quartal 1158,80 Mark. Der Mitgliederbestand beträgt 692. Davon sind 479 Maurer, 16 Zimmerer, 116 Hilfsarbeiter, 57 Stukkateure, 17 Fliesenleger, 6 Zementure, einer andere Berufe. Auf Antrag der Revisoren Streder und Erlinghäuser wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zu Punkt 3 wurden folgende Anträge angenommen: 1. Delegierte, die ohne genügende Entschuldigung die Konferenz vorzeitig verlassen oder zu spät zur Konferenz erscheinen, sind die Spesen zu entziehen. 2. Dem Kassierer wird eine Entschädigung von 6,25 Mark gewährt für die angestrengten Arbeiten, die bei der Leitung des Bezirks nötig waren. 3. Kollegen, die über 45 Jahre alt sind und aus anderen Verbänden übertreten, soll mit rückwirkender Kraft auf zwei Jahre ein gewisser Prozentsatz der alten Rechte in Anrechnung gebracht werden. Unter Punkt Verschickenes wurde beschlossen, im Laufe des Winters je eine Agitationsversammlung in Barmen-Oberfeld und Ronsdorf abzuhalten. Ferner wird ein neues Verwaltungsverfahren ausgearbeitet. Eine ausgedehnte Aussprache fand über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung innerhalb des Verbandes statt. Die Konferenz stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß eine solche nach Lage der angeführten Gründe zurzeit unmöglich sei.

Dortmund. (Maurer.) Am 30. Oktober hielt die Zahlstelle Dortmund (Maurer) ihre diesjährige Generalversammlung ab. Mit Befriedigung kann auf das verflissene Jahr zurückgeblückt werden. Es zeigt sich in immer erfreulicherem Maße, daß die christliche Gewerkschaftsidee in unserem Gebiete ihre Wurzel immer tiefer eingräbt. Im vorigen Jahresbericht konnten wir einen ansehnlichen Fortschritt hinsichtlich der Gesamteinnahmen wie auch der Durchschnittsleistung im allgemeinen. Wir ermahnten die Kollegen, in ihrem Streben und mit ihrem Willen vorwärts zu drängen, nicht zu erlahmen. Diese Aufforderung haben die Kollegen beherzigt. Es kann ruhig gesagt werden, auch für Dortmund war das Berichtsjahr ein Jahr der niedergehenden Konjunktur, und dadurch, daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Baugewerbe lange auf Klarheit warten ließ, viele Kollegen ihr Arbeitsgebiet wechseln mußten und ein anderer Teil nur mit großer Mühe anderswo wieder in Arbeit gebracht werden konnte. Auch nach Abschluß der Lohnbewegung kann von einer aufsteigenden Konjunktur keine Rede sein, viel eher muß nach ein Rückschlag festgestellt werden. Zudem wir aber unsere Organisation innerlich festigen konnten, gelang es uns trotz diesen unerwünschten Erscheinungen im Berichtsjahre dieselbe wieder ein Stück vorwärts zu bringen. Wir lassen nachstehend den Kassenbericht folgen, welcher den Kollegen ein anschauliches Bild zeigt. Das Berichtsjahr der Zahlstelle geht vom 1. Oktober 1912 bis 31. September 1913. Während dieser Zeit hatte die Zahlstelle eine Reineinnahme von 28 550,83 Mark, gegenüber dem Vorjahre mit 25 191,70 Mark also ein Mehr von 3359,13 Mark. Diese Reineinnahme verteilt sich in Ausgabe auf folgende Posten: an die Verwaltungsstelle in bar abgeliefert 22 513,90 Mark, für Rechtschutz 135,39 Mark, für Krankenunterstützung 1492,55 Mark, für Sterbenunterstützung 56 Mark, für Militärunterstützung 80 Mark, für Streikunterstützung 69,35 Mark, für die Sperre des Arbeitgebernachweises 402,60 Mark, an lokalen Ausgaben 2526,25 Mark und der Lokalkasse in bar zugeführt 1274,79 Mark. Der Kassierer betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß wir im Berichtsjahre mit Zielsicherheit vorwärts gegangen seien, und zwar nicht allein durch Erhöhung der Beiträge, sondern es war uns auch möglich, 3784 Beitragsmarken mehr zu verkaufen als im Vorjahre. Auch die Winterbeiträge konnten ganz bedeutend vermehrt werden. Er ermahnte die Kollegen, recht eifrig das Errungene festzuhalten, und wenn möglich, im Laufe des nächsten Jahres einen weiteren Fortschritt durchzuführen. Die beiden Revisoren bestätigten dem Kassierer die Richtigkeit seiner Angaben und beantragten die Entlastung, welche einstimmig ausgesprochen wurde. Die Vorstandswahl vollzog sich glatt. Es gingen aus der Wahl folgende Kollegen hervor: Regener erster, Wahsmann zweiter Vorsitzender; Euler erster, Sondermann zweiter Kassierer; Kotte erster, Frank zweiter Schriftführer; ferner die Kollegen Meher, Hölcher, Kirchhoff und Wickhaus als Beisitzer. Die beiden alten Revisoren, Kollegen Schmidt und Wege, wurden wiedergewählt. Dankend nahmen die Kollegen die Wahl an und versprachen, im Sinne unserer Bewegung arbeiten zu wollen. Nun auf zu weiterer Arbeit, und der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Gelsenkirchen. Am Sonntag, den 9. November, fand die Delegiertenversammlung der Verwaltungsstelle Gelsenkirchen in Esle statt. Kollege Gröchen eröffnete die Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Quartalsbericht und Bericht über die stattgefundene Bücherkontrolle, 2. Kassenbericht der Winterbeiträge, 3. Vortrag, 4. Verschickenes. Kollege Beck erstattete den Kassenbericht vom 3. Quartal. Aus demselben entnehmen wir folgendes: Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 4257,99 Mark. Es wurden verausgabt: an Krankengeld 220,75 Mark, an Streikgeld 4,55 Mark, in bar eingeliefert 4012,38 Mark. Die Ein-

nahme der Lokalkasse inkl. Bestand vom 2. Quartal betrug 5891,46 Mark, die Ausgabe 1439,17 Mark. Somit Bestand fürs nächste Quartal 4452,29 Mark. Das Ergebnis der Bücherkontrolle ist befriedigend. Mit Ausnahme nur einzelner Kollegen, wurden alle Bücher kontrolliert. Die Vorstandsmitglieder wurden angewiesen, die lauen Kollegen auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen. Bezüglich der Winterbeiträge wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Winterbeitrag beträgt 1,20 Mark. Die Kollegen, welche nach Hause fahren, zahlen 1 Mark, erhalten aber die Zeitung nicht nachgeschickt. Für jede Arbeitswoche im Monat Dezember, Januar und Februar wird 10 Pf. Lokaltbeitrag gezahlt. Kollege Beck sprach nunmehr über unsere weiteren Aufgaben und die Gefahren, welche für die Arbeiterschaft im Anzuge seien. Ausgehend von der Kleinarbeit in den Zahlstellen und deren Wichtigkeit für den gesamten Verband, kennzeichnete Redner die Aufgaben der Vorstandsmitglieder, Hausstauer und Vertrauensleute. An Hand von praktischen Beispielen und Anweisungen zeigte Redner, wie am besten eine Zahlstelle zu leiten sei, wie die Versammlungen interessant gestaltet und die geistige Bildung unserer Kollegen möglich ist. In eingehender Weise weist Redner auf die Gründung des Kartells der „schaffenden Arbeit“ hin. Die Leipziger Forderungen in die Wirklichkeit umgewandelt, würden für die Arbeiter schweren Schaden bedeuten. Ebenfalls wären offene und geheime Feinde an der Arbeit, um den weiteren Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung zu hindern. Mit den Worten, brennt die Winterzeit, benutzt die freie Zeit in der Heimat zu reger Agitation, schloß Redner. Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten wurde die gut besuchte Tagung geschlossen.

Ludau. Am 2. November fand eine Mitglieder-versammlung statt, in der unser zweiter Zentralvor-sitzender, Kollege Schmidt-Berlin, einen Vortrag über „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften in der heutigen Volkswirtschaft“ hielt. Es war sehr zu be-dauern, daß nicht alle Kollegen anwesend waren. Wenn derartige Vorträge von auswärtigen Kollegen gehalten werden, so darf niemand fehlen. Der die Ausführungen des Kollegen Schmidt gehört hat, wird jedenfalls eine ganz andere Auffassung von der Gewerkschaft bekommen haben, als so manchmal noch angenommen wird. Da wir nun in der nächsten Versammlung wieder einen Redner haben, so möchten wir aber doch wünschen, daß die Versammlung auch danach besucht wird. Verläumde darüber kein Mitglied, in der am 7. Dezember, mittags 1 Uhr, im Schützenhause stattfindenden Versammlung anwesend zu sein.

Paderborn. (Bezirkskonferenz.) Am 9. November tagte im Kaiserhof die Bezirkskonferenz des Agitationsbezirktes Paderborn. Anwesend waren 33 Delegierte. Nicht vertreten waren die Orte Mbayen, Jöllenbeck und Dohrenthal. Mbayen hatte sich entschuldigt. Als Vertreter des Hauptvorstandes war der Zentralvorsitzende, Kollege Wiedeberg, erschienen. Der Geschäftsbericht wurde vom Bezirksleiter Berner gegeben für die Zeit 1912/13. Die Arbeitsgelegenheit war im Bezirk nicht gut, mit Ausnahme einiger Orte. Infolgedessen war auch die Agitation nicht so erfolgreich, wie es im Interesse des Verbandes notwendig wäre. In einzelnen Orten fehlte es vollständig an Mitarbeitern. Hierin muß in Zukunft eine Änderung eintreten, es ist nicht angängig, dem Bezirksleiter oder Vorstand sämtliche Arbeiten zu über-lassen. Der Mitgliederbestand war 1911 (4. Quartal) 1410, 1912 (4. Quartal) 1598 und 1913 (3. Quartal) 1618 Kollegen. Die Zunahme beträgt somit 208 Kollegen. Es wäre ein besseres Resultat erzielt worden, wenn überall kräftig zugegriffen würde. Im Jahre 1912 wurde in sechs Orten Lohnbewegungen mit Erfolg geführt. Es kamen in Betracht 145 Kollegen, und die Lohnaufbesserung betrug 2-6 Pf. pro Stunde. 1913 wurde die Bewegung durch die Schiedsprüche in Berlin erledigt, und es wurde für 1320 Kollegen eine Lohnaufbesserung von 2-6 Pf. pro Stunde erzielt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind fast alle tariflich geregelt. Im Interesse einer guten Fortentwicklung und zur Erhaltung des Erreichten ist es eine unerlässliche Pflicht der Vorstände und Kassierer, für eine pünktliche und geordnete Geschäftsführung zu sorgen. Insbesondere muß auf die pünktliche Abrechnung gesehen werden und ferner, daß die Marken genau nach dem Statut geleistet werden. Den Hauptpunkt der Tagung bildete das Referat des Zentralvorsitzenden, Kollegen Wiedeberg, welcher über die neuesten Vorkämpfe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und die soziale Gesetzgebung, ferner über innere Verwaltung und Agitation sehr zeitgemäße und lehrreiche Ausführungen machte. Kollege Wiedeberg dankte am Schluß der Ausführungen den Delegierten für fleißige Mitarbeit. Der Vortrag fand bei sämtlichen Delegierten großen Beifall. Hierauf erfolgte Erledigung der Anträge. Nach erledigter Tagesordnung gab Kollege Berner noch einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen und dankte ebenfalls den Delegierten für die gute Mitarbeit und forderte sie auf, in der Heimat für die weitere Verbreitung unseres Verbandes zu sorgen. Mit einem kräftigen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter wurde die gut verkaufene Konferenz geschlossen. NB. Die gefaßten Beschlüsse sind den einzelnen Orts-verwaltungen durch Rundschreiben zugesandt, und die Vorstände und Kassierer werden ersucht, für die Durchführung derselben zu sorgen.

Berne a. d. L. Am 2. November fand unsere dies-jährige Generalversammlung im Lokal Hohe statt. Die-selbe war gut besucht. Der Kassenbericht vom 3. Quartal verzeichnete eine Einnahme für die Hauptkasse von 446,57 Mark, für die Zahlstellenkasse von 711,26 Mark. Die Aus-gabe der Lokalkasse betrug 49,26 Mark. Kassenbestand für das nächste Quartal 662,57 Mark. Dem Kassierer, Kollegen Ribhegge wurde Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: als erster Vor-sitzender Geurr. Wesselmann, als zweiter Friedr. Steinweg. Von der Wahl eines ersten Kassierers wurde Abstand ge-

kommen, weil man eine Besserung in dem Zustand des Kollegen Kihjeppe erwarte und dieselbe den Posten weiter verwalten würde. (Leider ist er inzwischen gestorben.) Als zweiter Kassierer wurde Ferd. Winkelmann gewählt, als erster Schriftführer Bernh. Schrieber und als zweiter Heur. Schwerdt, zu Kassieren die Kollegen Bernh. Hegemann und Bernh. Bortw. Die früheren Kartell- und Ausschussdelegierten wurden sämtlich wiedergewählt. Das bisherige Verbandslokal wurde beibehalten. Unter Verschiedenes wurden einige Punkte lebhaft diskutiert und verschiedene Anträge erledigt. Der Vorsitzende ermahnte zur weiteren regeren Agitation und Mitarbeit und gutem Versammlungsbesuch und schloß mit einem Hoch die schön verlaufene Versammlung.

Düsseldorf. (Situationsbericht.) Die Großstadt Düsseldorf hat im April d. J. die 400 000 Einwohner überschritten. Der Zugang vom Jahre 1912 betrug 17 000. Davon entfallen über 5500 auf den Geburtenüberschuß und 12 000 auf Zuwanderung. Die Geburtenzahl in 1912 betrug 26,3 auf 1000 Einwohner gegen 26,9 im Jahre 1911 und 36 im Jahre 1903. Durchschnittlich müssen für 4000 neue Haushaltungen jährlich Wohnungen geschaffen werden. Der Baumarkt blieb aber erheblich gegen das vorige Jahr zurück. Die lebhafteste Bautätigkeit im Jahre 1911 und 1912 hat jedoch einer Wohnungsnot vorgebeugt. Im ersten Halbjahr 1913 wurden Bauerlaubnisse nachgeprüft für 192 Wohnhäuser, erteilt wurden sie für 178 Wohnhäuser. Fertiggestellt wurden, wenn man die Bauten, welche die Stadt in eigener Regie ausführte, einrechnet, in demselben Zeitraum 251 neue Wohngebäude mit 1739 Wohnungen. Der schwierige Gebrauchsmarkt bewirkte, daß die Wohnungsproduktion gegenüber den beiden Vorjahren um die Hälfte sank. Der Wohnungsmarkt ist aber trotzdem aus obengenannten Gründen nicht unter normal gesunken. Nach dem statistischen Amt sind gegenwärtig vorhanden 92 420 Wohnungen, von denen 3906 leer stehen, das sind 4,23 Prozent. Als normales Verhältnis nehmen die Statistiker ja bekanntlich 3 Prozent an. Der Ueberschuß von 1,23 Prozent der leerstehenden Wohnungen wird aber bald ausgeglichen sein, weil die Nachfrage auf dem Baumarkt auch noch bis ins nächste Jahr hinein anhalten wird, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß größere Objekte seitens der Stadt für Frühjahr in Aussicht genommen sind. Unter dem Druck der auf dem Wirtschaftsmarkt in diesem Jahre laziere, haben besonders die Bauarbeiter gelitten. Die Arbeitslosigkeit war eine große, besonders bei den Spezialberufen. Sehr zu bedauern ist, daß größere Projekte wie Wohnbauten von Firmen ausgesetzt wurden, die ausschließlich Italiener zu wesentlichen niedrigeren Löhnen beschäftigten, als die Anstößigen erhalten. Der soziale Ausschuss hat an die Stadtverwaltung eine Eingabe gerichtet, in der die Jaangriffnahme der Arbeitslosenfürsorge gefordert wird. Es wird darin verlangt, daß seitens der Stadt Rotbrotarbeiten geschaffen und größere Arbeiten in kleineren Losen vergeben werden; ferner einheimische Arbeiter möglichst zu beschäftigen und einer kommunalen Arbeitslosenversicherung näherzutreten. Die Unterlagen sollen durch gemeinschaftliche Arbeitslosenzählungen gewonnen werden. Auch soll die Stadt an den Bundesrat mit dem Ersuchen herantreten, periodisch Arbeitslosenzählungen von Reichs wegen vorzunehmen, um so die Vorbedingungen für eine Sozialversicherungsreform zu schaffen. Die sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften haben eine ähnliche Eingabe an die Stadt gerichtet. Das das Organisationsbüro betrifft, haben die sozialen Schichten das höchste Interesse in Anspruch genommen. Es freudlicherweise waren diese Arbeiter, sowohl sie hinter uns liegen, auch von Erfolg gekrönt. In Aussicht steht für das kommende Jahr die Wahl zur freien Bauinnungsleitung. Auch die Gewerbetriebswahl, welche am 12. Dezember stattfindet, wird alle Kräfte in Anspruch nehmen. Die Verwaltungskassen-Ausgleichung, welche am 11. November stattfand, nahm den Kassierbericht vom letzten Quartal entgegen. Auch wurden agitatorische und andere Verwaltungsveranstaltungen behandelt. Der Vorsitzende, Kollege Meister, teilte einmütig mit, daß nach dem 15. Dezember alle Mitgliedsbeiträge betreffs Kontrolle eingezogen werden. Jedes Mitglied müsse sorgen, daß es beim alle Beiträge gezahlt seien. Dann habe die Stadt in Verbindung mit der Handelskammer für Arbeiter und deren Angehörige eine Anzahl Vorträge in Aussicht gestellt. Diese Vorträge werden in je vier Abenden in der Aula der Schule an der Ellerstraße abgehalten. Die Themen sind: die Seele durch Zahlen, das Gehirn des Menschen und die Seele von Kraft und Stoff. Jedes Thema wird in vier Vorträgen behandelt und kosten diese 50 Pf. Ein Programm mit der notwendigen Literatur und Lektüreangebe ist gratis beigegeben. Die Errechnung ergab für das dritte Quartal in Gesamtsummen und Ausgaben der Vereine 6558,60 M. Die Einnahmen der Vereine betragen 511,56 M., die Ausgaben 1980,81 M. Somit ist der Defizitüberschuss 253,85 M. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Es ist ersichtlich, daß die Verwaltungskassen trotz der schlechten Konjunktur keinen Aufschwung zu verzeichnen hat. Die infolge Arbeitslosigkeit eintreffenden Kollegen werden ersetzt durch neue Mitglieder, welche im Rest der Stadt gewonnen werden. Dort wird durch die Anfertigung eines neuen Jahresberichts eine größere Anzahl Arbeiter benötigt. Allerdings hat sich dadurch auch wesentlich die Arbeit des Kassierers vergrößert. Das Bureau dürfte nicht vernachlässigt werden, die weitere Agitation aber kann und nur den Erfolg bringen. Es wurde daher eine zweite Kraft notwendig. Kollege Kapfmeister, der bisherige Verwaltungskassenkassierer, wurde dafür gewählt. Dem die Verantwortlichkeit im nächsten Frühjahr ist in etwa freigelegt. Die Verwaltungskassenrechnung wesentlich aus-

bericht, Vorstandswahl, Aufstellung von Kandidaten zur Innungsfrankenkassenwahl Hannover und Verschiedenes. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden, Kollegen Koch, entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl hat sich fast auf der gleichen Höhe gehalten wie im vorigen Jahr. Im Jahresdurchschnitt betrug dieselbe 205. Infolge der großen Arbeitslosigkeit wurden über 600 M aus der Kassa als Notunterstützung allein für die Bauarbeiter ausgezahlt. Zwecks Stärkung der Kassa wurde der Beschluß gefaßt, den Kassazuschlag von 5 Pf. auf 10 Pf. ab 1. März 1914 zu erhöhen. Allgemein muß die Bücherkontrolle auf den Baustellen besser werden, damit bis 1. Dezember sämtliche Beiträge entrichtet sind. In der dann vorgenommenen Vorstandswahl wurde Karl Koch wieder als erster und Jakob Wode als zweiter Vorsitzender, Kollege Evers zum ersten Schriftführer und Joh. Witter zum zweiten gewählt; zu Beisitzern Otto Feiertag und Peter Fein, zu Kartelldelegierten Evers und Witter, für Kontrollen Albert Lange. Im dritten Punkte der Tagesordnung wurden die Kandidaten zur Innungsfrankenkassenwahl aufgestellt und die Kollegen ersucht, am Wahltag (4. Dezember) sich vollzählig zu beteiligen, damit auch endlich aus unserer Kreise Kollegen in die Kasse kommen. Im Verschiedenen wurde das Verhalten einiger Kollegen scharf beurteilt, welche Arbeit vom Bureau nachgewiesen erhielten und dann einen Unorganisierten mit an diese Arbeit nahmen. Dagegen laufen viele Mitglieder arbeitslos umher. Der Vorstand wurde beauftragt, die betreffenden Kollegen zur Rede zu stellen. Hier muß in der kommenden Zeit ernsthaft Remedur geschaffen werden, damit unsere Mitglieder zunächst in Arbeit kommen. Kollege Schneider wies dann noch auf die Winteragitation hin und forderte die Kollegen zur tüchtigen Mitarbeit auf, damit die Zahlstelle beim nächsten Jahresbericht besser dasteht.

Zimmerer und Dachbeder.

Düsseldorf. Am 8. November fand die Generalversammlung der Zimmerer und Dachbeder gemeinschaftlich statt. Zur Tagesordnung standen: Geschäftliches, Jahresbericht, Bericht über eine Sitzung des Sozialen Ausschusses, Vorstandswahl und Verschiedenes. Im Geschäftlichen wurde erwähnt, daß zwecks Vornahme einer Bücherkontrolle die Mitglieder ihre Beiträge bis zum 15. Dezember bezahlen möchten. Auch die An- und Abmeldung müsse wegen der Verpflichtungsmarke geschehen. Nunmehr gab Kollege Wüchermann einen Uebersicht über das verfloßene Jahr. Neben Erfreulichem mußte er auch manche Klage führen. Die Vorstandsmitglieder haben ihn in seiner Tätigkeit wenig unterstützt. Da bei den Zimmerern seit dem vorigen Jahre ein Tarifverhältnis besteht, war das Berichtsjahr, abgesehen von einigen Differenzen, ein ruhiges. Anders war es bei den Dachbedern, bei denen erst nach einem neunwöchigen Kampf ein Vertrag abgeschlossen werden konnte. Kollege Meister, welcher an der Versammlung teilnahm, ergänzte den Bericht und dankte dann im Namen der Verwaltungskasse allen Kollegen, die als Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder im verfloßenen Jahre tätig gewesen sind. Ueber die Sitzung des Sozialen Ausschusses wurde mitgeteilt, daß eine Eingabe an die Stadtverwaltung erfolgt sei betreffs Arbeitslosenfürsorge. In diesem Punkt schloß sich eine lebhafte Diskussion an, welche besonders sich scharf gegen die Italiener am Viller Bahnhof richtete. Diese Leute arbeiten bis zu 20 Pf. billiger als der Tariflohn vorliegt. Nun wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der Vorstand der Zimmerer setzt sich wie folgt zusammen: Peter Wüchermann erster Vorsitzender, Joh. Demme zweiter, Schriftführer Joh. Schalkowski, Kartelldelegierter Fritz Beder, Delegierte in den Sozialen Ausschuss und in den Verwaltungskassenausschuss Peter Wüchermann und Fritz Beder. Bei der Dachbeder-Zahlstelle wurde folgender Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Karl Engelhard, 2. Konrad Egmanski, Schriftführer Adolf Schäfer. Zum Delegierten der Verwaltungskasse wurde Karl Engelhard ernannt. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, auch im neuen Jahre ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun.

Zimmerer.

Hannover. Unter Zahlstelle hielt am 2. November ihre diesjährige Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Albrecht, gab den Jahresbericht. In großen Worten kennzeichnete er noch einmal das Jahr mit der im Mittelpunkt stehenden Tarifbewegung und wies darauf hin, daß wir nur durch den Verband, trotz der schlechten Konjunktur, einen achtunggebietenden Erfolg erzielen konnten. Es sei darum Pflicht eines jeden Mitgliedes, treu zur Organisation zu stehen, sich fleißig am Verbandsleben zu beteiligen und auch die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Zehn Versammlungen sind im Laufe des Jahres abgehalten worden, die aber oft nur mäßig besucht waren. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. In dem Schlusswort gab Kollege Schneider einen allgemeinen Uebersicht über das Jahr mit seinen Kämpfen und Erfolgen. Der erwartete Aufschwung ist leider infolge der schlechten Konjunktur nicht eingetreten. Zum Schluß freifte der Vortragende die allgemeine wirtschaftliche Lage und beleuchtete unsere gewerkschaftliche und soziale Stellung. Er ermahnte alle Kollegen, inaktivität mitzuarbeiten, fleißig die Versammlungen zu besuchen. Zu der am 4. Dezember stattfindenden Innungswahl zur Innungsfrankenkasse des Baugewerkschafts Hannover forderte er die Kollegen auf, Mann für Mann zur Wahl zu gehen, da zum ersten Male nach dem Verfallensgesetz gewählt wurde. Nur dann, wenn eine ausreichende Anzahl erschienen, wird unsere Organisation am Leben erhalten. Mit diesem warmen Appell wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Neu-Festsetzung der Ortslöhne und Jahres-Durchschnittslöhne

Die neugewählten bzw. noch zu wählenden Vorstandsmitglieder der neuerrichteten allgemeinen Ortsfrankenkassen oder ausgebauten bzw. besonderen Ortsfrankenkassen, sowie der Betriebs- und Innungsfrankenkassen werden beim Antritt ihres Amtes recht bald vom Versicherungsamt aufgefordert werden, sich gutachtlich zu äußern über die demnächstige Höhe des Ortslohnes. Ebenso wird von den landwirtschaftlichen Vertretern der Versicherten an den Versicherungsämtern vom Oberversicherungsamt ein Gutachten über die neu festzusetzende Höhe des Jahresdurchschnitts-Verdienstes für landwirtschaftliche Versicherten verlangt werden. Nach § 149 der RVO. haben die Oberversicherungsämter (Beschluß-Ausschüsse) nämlich die Pflicht, die Höhe des Ortslohnes (früher ortssüblichen Tagelohnes) festzusetzen. Die Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reich, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914 und dann immer auf vier Jahre, festgesetzt. Änderungen in der Zwischenzeit gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung. Alle Änderungen treten erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft (§ 151). Vor der Festsetzung der für die Arbeiter sehr wichtigen Ortslöhne müssen die Vorstände aller Krankenkassen sowie die Gemeindebehörden dem zuständigen Versicherungsamt diesbezügliche Vorschläge machen. Ebenso sind die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten zu hören. Zweifellos wird man ihre gutachtlichen Äußerungen, die sich auf die Kenntnis der Lohn-, Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse aufbauen, beachten müssen.

Den Arbeitervertretern in den Vorständen der Krankenkassen, Gemeindevertretungen, Versicherungs- und Oberversicherungsämtern erwacht nun die heilige Pflicht, mit aller Energie auf die höchstmögliche Festsetzung des Ortslohnes zu dringen. Was alles von der Höhe des Ortslohnes abhängt, sei hiermit kurz erwähnt:

Es hängt zunächst ab die Höhe des Krankengeldes bei den Landfrankenkassen, ferner des Hausgeldes, Wochengeldes, Sterbegeldes und eventuell des Schwangeren- und Stillgeldes. Bei den Landfrankenkassen kann nämlich der Ortslohn als Grundlohn bestimmt werden. Für die hausgewerblich Beschäftigten gilt der Ortslohn stets als Grundlohn, ganz gleich, welcher Klasse sie angehören, ebenso auch für die unständig Beschäftigten. Zwar können die Höhe des Ortslohnes für einzelne Gruppen der letzteren erhöht werden, andererseits aber auch kann für landwirtschaftliche Versicherte in gewissen Fällen (bei dauernder Beschränkung der Arbeitsfähigkeit) die Zahlung des Grundlohns noch niedriger als den Ortslohn festsetzen. Außerdem richtet sich die Krankenhilfe, die der Unternehmener für die in seinem Betriebe verunglückten, nicht versicherten Personen zu zahlen hat, nach dem Ortslohn. Bei Berechnung der Unfallrente wird in manchen Fällen der Ortslohn zugrunde gelegt. Die Beitragsklasse der Invalidenversicherung richtet sich vielfach nach dem Ortslohn. Im Falle eines Kontrakt- oder Vertragsbruchs ist nach § 124b der Gewerbeordnung der Ortslohn entscheidend für die zu beanspruchende Entschädigung, und zwar sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer. Die Familien-Unterstützung für die Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften richtet sich nach der Höhe des Ortslohnes. Der Ortslohn ist ferner bestimmend für die Höhe der nach dem Unfall-Fürsorge-Gesetz für Beamte und Personen des Soldatenstandes festzusetzenden Renten; auch für die Gefangenen richtet sich dieselbe entweder zum Teil oder ganz wiederum nach dem Ortslohn.

Der Ortslohn muß besonders festgesetzt werden für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahren. Die Versicherten unter 16 Jahren (Jugendliche) können dabei in „junge Leute“ von 14 Jahren an und „Ältere“ unter 14 Jahren geschieden werden; Lehrlinge zählen zu den „jungen Leuten“ (§ 150 RVO.).

Bei den gutachtlichen Äußerungen ist zu beachten, daß für die Normierung des Ortslohnes jeweilig der Tagelohn der ungelernter Arbeiter, d. h. solcher Arbeiter, die eine besondere Vorbildung nicht genossen haben, nach dem Willen des Gesetzgebers zugrunde gelegt werden muß. Der Lohn von Lehrlingen darf bei Festsetzung des Ortslohnes für Jugendliche nicht in Anschlag gebracht werden, da diese nicht als gewöhnliche Tagelöhner gelten.

Nun noch einiges über die Festsetzung des Jahresdurchschnitts-Verdienstes für landwirtschaftliche Versicherte. Nach § 936 der RVO. richtet sich die Unfallrente der Landarbeiter nach dem Jahresarbeitsverdienst, den die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Zeit des Unfalles durch landwirtschaftliche und andere Erwerbsarbeit durchschnittlich erzielen. Diesen Jahresarbeitsverdienst setzen die Oberversicherungsämter (Beschlußkommissionen), wie schon oben angedeutet, in Zukunft ebenfalls fest. Die Versicherungsämter müssen vor Abgabe ihres Gutachtens über die Höhe des Jahresdurchschnitts-Verdienstes die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigten Versichertenvertreter an den Versicherungsämtern hören.

Zurzeit sind die, meistens von den Regierungspräsidenten festgesetzten Durchschnittsverdienste und Ortslöhne gerademal lächerlich gering. Festgesetzte bisherige Durchschnittslöhne von 300 bis 350 M pro Jahr sind durchaus nichts Seltenes.

Die Arbeitervertreter in den Vorständen der Krankenkassen und Gemeindevertretungen sowie an den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern haben jetzt die Möglichkeit, diesen unglaublichen Zuständen ein Ende zu machen, und es erhebt sich nunmehr die Frage: „Wie können wir höhere Ortslöhne und Jahresdurchschnittslöhne am besten erreichen?“ Es wird gut sein, wenn die Funktionäre und Kartellvorstände der örtlichen Gewerkschaften vielleicht auch unter Hinzuziehung der sozialen Ausschüsse die auf nationalem Boden stehenden Vorstandsmitglieder aller Krankenkassen sowie die Arbeitervertreter der Versicherungs- und Oberver-

Bauarbeiter.

Hannover. Am Sonntag, den 2. November, hielt die Zahlstelle der Bauarbeiter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Zur Tagesordnung standen: Jahres-

rungsamts, ebenso auch die Arbeiter-Stadtvorordneten und Gemeindevorordnete zu einer Konferenz einladen. Auf dieser Konferenz wäre die Frage des festzusetzenden Ortslohnes und Jahresdurchschnitts-Verdienstes eingehend durchzuüberlegen, um eine Einigung über die dem Oberversicherungsamt vorzuschlagende Höhe derselben mit allen Arbeitervertretern zu erzielen. Ferner dürfte es sich empfehlen, recht bald in Kartell- und Gewerkschaftsversammlungen über die Bedeutung und die Höhe des festzusetzenden Orts- und Jahresdurchschnittslohnes Vortrag zu halten und darüber diskutieren zu lassen, damit die Arbeitervertreter sich über die Ansichten der Kollegen informieren können. Die Ortsstellen der christlichen Gewerkschaften müssten in Zukunft unbedingt vor jeder Neuverpflichtung (alle vier Jahre) eine Umfrage über die Höhe des Lohnes ungelerneter Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen in jedem Versicherungsamtsbezirk rechtzeitig veranstalten. Natürlich müsste dies auch bei den landwirtschaftlich Versicherten zwecks Ermittlung des Jahresdurchschnitts-Verdienstes geschehen. Bei den letzteren wären neben den haren Einkünften noch festzustellen: der Wert aller gelieferten Naturalien, der freien Wohnung, Heizung, Vieh, Weide, gelieferter Dünger, freies Fuhrwerk usw. Wenn auf diese Weise die sicheren Grundlagen für die Ermittlung der tatsächlichen Höhe des Ortslohnes und des Jahresdurchschnitts-Verdienstes geschaffen werden, dann können die Oberversicherungsämter nicht umhin, sich den Gutachten der Arbeitervertreter über die Höhe der Jahresdurchschnittslohne und Ortslohne anzuschließen. Den Vertretern der Arbeitnehmer am Oberversicherungsamt wird dadurch sichhaltiges Material geliefert, und ihre Aufgabe, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen bei der Neuverpflichtung, wird ihnen bedeutend erleichtert.

Mögen die vorstehenden Ausführungen nicht nur volles Verständnis für die Wichtigkeit der behandelten Fragen bei den Arbeitervertretern erwecken, sondern auch die allein geltende Tat hervorrufen,

Hausbesitz und Bauschwindel

Wir nahmen in vorletzter Nummer Notiz von einer Versammlung des Berliner Grundbesitzes und Handwerks, die die schnelle Einführung des zweiten Teiles des Bauversicherungsgesetzes forderte. Zu dieser Versammlung schreibt in der „Bodenreform-Korrespondenz“ ein Hausbesitzer:

„Diese Versammlung hat insofern eine große prinzipielle Bedeutung für ganz Deutschland, als hier zum ersten Male eine machtvolle, aus vielen Vereinen gebildete Hausbesitzerorganisation sich bewußt als Gegner des Terrainspekulantentums und des famosen „Schutzverbandes“ und seiner Hintermänner, mit denen die Hausbesitzer bisher fraternisierten, erklärte. Es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß die Folgen dieser reinlichen Scheidung in Berlin sich bald auch außerhalb der Reichshauptstadt fühlbar machen werden. Das ist auch dringend notwendig, sowohl zur Sicherung des Baugewerbes als auch zur Wiederherstellung des Vertrauens des Großkapitals zur Beilehung von Hypotheken.

Denn für Eingeweihte unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß die fast allenthalben herrschende Hypothekennot, die den soliden Hausbesitz zu ruinieren droht, in erster Linie eine Folge des Terrain- und Bauschwindels ist. Das betonte auch einer der Referenten des Abends, der Landtagsabgeordnete Obermeister und Präsident der Handwerkskammer Rabardt ganz besonders. Nach seinen, aus amtlichen Quellen geschöpften Angaben sind allein bei Groß-Berliner Subjektationen im Jahre 1912 nicht weniger als 62 1/2 Millionen Mark hypothekarischer Eintragungen — meist zum Schaden des Bauhandwerks — glatt ausgefallen, wobei der durch Ueberproduktion an Wohnungen den Hausbesitzern zugefügte Schaden in einem einzigen Jahre an Mietausfällen 30 Millionen Mark betrug.

Es ist noch von besonderem Interesse, daß der bekannte bodenreformistische Schriftsteller Ludwig Schwäbe in der Diskussion das Wort ergreifen konnte, ohne daß Justizrat Dr. Baumert, der mit dem „Schutzverband“ liierte Vorsitzende der Deutschen Hausbesitzervereine, der als Gast zugegen war, die Macht besessen hätte, Schwäbe am Sprechen vor den Hausbesitzern zu verhindern, wie weitand in Kiel den zweiten Vorsitzenden des Bundes Deutscher Bodenreformer, A. Pohlmann, den der Pheverer Haus- und Grundbesitzerverein die Regerei gehabt hatte, zum Delegierten für die Tagung zu wählen, wofür Baumert ihn mit einem beabteiligten Hinweis auf aus dem Verbanne bestrafte. Und nur mußte Dr. Baumert es in Berlin erleben, daß die Berliner Hausbesitzer den Ausführungen des Bodenreformers ungeteilten stürmischen Beifall zollten, während sich der Herr Obervorsitzende allerhand unangenehme Zwischenrufe, wie „Auskunftsstelle Sabeland“ usw., gefallen lassen mußte.

Allerdings berührt es merkwürdig, daß nach einstimmiger Annahme der Resolution — Dr. Baumert hatte sich inzwischen entfernt — der Verhandlungsleiter die Hausbesitzer aufforderte, sich recht rege an der nach zwei Wochen stattfindenden Versammlung gegen die „Zerleihen“ der Bodenreform, „die dem Hausbesitz so sehr geschadet habe“ und in denselben Räumen stattfinden soll, zu beteiligen. Hätte der Vorsitzende gewußt, daß die Bodenreformer schon seit ihrer Hauptversammlung vom 11. Oktober 1891 für eine rationelle Gesetzgebung zum Schutz der Bauforderungen eingetreten sind, daß sie die schnelle Einführung des nunmehr schon seit vier Jahren vom Reichstag verabschiedeten Gesetzes in seinem vollen Umfange verlangt, so zulezt durch ihre auf dem diesjährigen Bundestage in Straßburg gefaßte Resolution, so hätte er anders urteilen müssen.

Darum nur eine Frage: Hätten wir überhaupt eine Terrainspekulation und einen Bauschwindel von solch erschreckenden Dimensionen — nicht nur in Berlin! — wenn die Hausbesitzer Deutschlands schon vor 23 Jahren den Ratsschlagen der Bodenreformer Folge

geleistet hätten? Hätten wir jetzt überhaupt eine Hypothekennot, die gegenwärtig den ganzen Hausbesitzerstand zu ruinieren droht? —

Deshalb ist mein dringender Rat: Nachdem die Hausbesitzer begonnen haben, das auch für sie so gefährliche Treiben der Terrainspekulation und des Bauschwindels zu durchschauen, sollten sie auch aufhören, die Bodenreformbewegung durch die Brille des Spekulantentums zu betrachten. Sie sollten sich auch nicht kritiklos in Versammlungen gegen die „Zerleihen“ der Bodenreformer locken lassen, wo nur die Leuchten des „Schutzverbandes“ das Wort führen und Diskussionen ausgeschlossen sind. — Dann würden sich sehr bald bessere Verhältnisse auf dem Gebiete des Realredits und des Wohnungswesens anbahnen lassen, zum Wohle der Allgemeinheit sowohl, als auch des Bauhandwerks und des soliden Hausbesitzes.“

Aus ausländischen Gewerkschaften

Zentralisierungsbestrebungen in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Eine bekannte Eigenart der englischen Gewerkschaftsbewegung ist es, daß sie sich nicht aus starken, über das ganze Land sich erstreckenden Zentralorganisationen zusammensetzt, sondern in hunderte kleiner oder größerer Bezirksverbände zerfällt. Neuerdings scheint aber der Zentralisationsgedanke an Boden zu gewinnen. Das deutsche Vorbild mag dazu nicht wenig beigetragen haben. Soeben wird gemeldet, daß eine Konferenz von zehn verschiedenen englischen Bauarbeitergewerkschaften mit insgesamt 162 000 Mitgliedern sich dahin geeinigt hat, daß eine Föderation aller Bauarbeiter geschaffen werden soll. Ueber den Plan sollen die Mitglieder in einer Urabstimmung befinden, die bis zum 14. Januar 1914 beendet sein muß.

Soziale Wahlen

Hierlohn. Bei der Ausschuswahl der Ortskrankenkasse der Bauhandwerker wurden 266 Stimmen abgegeben. Hiervon entfielen auf die Liste der christlich-nationalen Arbeiter 124 Stimmen und 11 Vertreter, auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaft 142 Stimmen und 13 Vertreter. In dem Vorstand sind beide Parteien gleich stark vertreten. Der Erfolg hätte besser sein können, wenn alle auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter ihre Schuldigkeit getan hätten.

Rothhausen. Bei der am 29. Oktober getätigten Krankenkassenwahl erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 197 Stimmen, die der sozialdemokratischen Gewerkschaften 74 Stimmen. Die christliche Liste erhielt 18 Vertreter, die sozialdemokratische 6 Vertreter. Bei der Wahl vor drei Jahren erhielten die christlichen Gewerkschaften 164, die roten 104 Stimmen. Demnach haben letztere eine Zunahme von 33, die letzteren eine Abnahme von 30 Stimmen zu verzeichnen.

Bei der Ortskrankenkassenwahl in Cleve erzielte die christlich-nationale Arbeiterschaft ein glänzendes Ergebnis. Es waren 40 Vertreter und 80 Ersatzmänner zu wählen. Von den 4000 Wählern übten 1888 ihr Wahlrecht aus. Die Liste I (Christliche Gewerkschaftskartell, Katholischer Gesellen- und Arbeiterverein und Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband) erhielt 1666 Stimmen und 35 Vertreter, die Liste II (Sozialdemokraten) 217 Stimmen und 5 Vertreter.

Hannover. Bei den Vertreterwahlen für die Innungs- und Krankenkasse der Dachbeder für Hannover-Linden und der Innungs- und Krankenkasse für das Baugewerksamt in Linden errang der christl. Bauarbeiterverband einen schönen Erfolg. Bei den Dachbedern wurden für die christl. Liste 31 Stimmen abgegeben, darauf fallen zwei Vertreter von acht und vier Ersatzmänner von 16 im Ausschuss der Krankenkasse, und dieses bedingt wieder einen Vertreter im Vorstand. Bei der Wahl für die Krankenkasse des Baugewerksamtes Linden fielen auf die Liste des christlichen Verbandes 103 Stimmen, auf die des sozial. Verbandes 175 Stimmen. Von neun Vertretern erhält der christl. Verband drei, der sozialdemokratische sechs, von den Ersatzmännern erhält der christl. Verband sechs. Auch hier erhalten die christl. Bauarbeiter einen Vertreter im Vorstand der Krankenkasse. Von seiten der Kassenleitung war eine Verhandlung angestrebt. Bei den Verhandlungen darüber zeigten sich die Herren „Genossen“ recht zwispurig. Die christl. Organisation forderte das, was sie jetzt durch die Wahl erhalten hat; dieses wollte man auf roter Seite nicht bewilligen. In Linden können jetzt die christlichen Bauarbeiter noch 10 Stimmen an die „Genossen“ abgeben.

Darmen. Am 28. Oktober fand hier die Krankenkassenwahl der freien Maurermeisterinnung statt. Gewählt wurden 14 Ausschussmitglieder und 28 Ersatzmänner. Es wurden im ganzen 513 gültige Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten die freien Gewerkschaften 266 Stimmen, gleich 7 Vertreter und 15 Ersatzmänner, und die christlichen Gewerkschaften 247 Stimmen, gleich 7 Vertreter und 13 Ersatzmänner. Die Wahl hat gezeigt, daß durch die Verhältniswahl auch die Schwächeren zu ihrem Rechte kommen. Wäre die Majoritätswahl noch vorhanden, so wären die christlichen Gewerkschaftler, trotzdem sie nur 19 Stimmen weniger hatten wie die „freien“, von der Mitverwaltung ausgeschlossen worden. Jetzt aber werden sie je zur Hälfte im Ausschuss und Vorstand vertreten sein. Die Kasse war bis jetzt von den „freien“ Gewerkschaften allein besetzt.

Welsert. Bei der Wahl des Ausschusses zur allgemeinen Ortskrankenkasse erhielten die freien Gewerkschaften 255 Stimmen, gleich 14 Vertreter, die christlich-nationale Vereinigung 894 Stimmen, gleich 5 Vertreter, die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften 169 Stimmen, gleich 0 Vertreter, die Gelben 203 Stimmen, gleich einen Vertreter.

Trockene Räume durch Anwa-Zusatz zum Zementmörtel.
Dichtet und desinfiziert den Zementmörtel.
Vom Kgl. Material-Prüfungswart Groß-Lichterfelde geprüft auf einen Wasserdampfdruck von 934 Atmosphären. Sehr ausgiebig und billig. Muster und Prospekt Nr. 612 bl gratis.
A. W. Andernach, Beuel a. Rhein.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuholen.)

Altenstein, den 11. November. Schon wieder ein Unfall am Rathausneubau! Heute nachmittag stürzte auf dem Rathausneubau ein Teil der oberen Gohlsteindecke ein und durchschlug die unteren Decken. Unser Kollege Blat, der an der Heizung beschäftigt war, wurde von den herabstürzenden Massen mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Nachdem er aus den Trümmern hervorgezogen war, mußte er ins Krankenhaus gebracht werden. Nur dem Umstande, daß der Kollege auf der Leiter ziemlich nahe unter der Decke sich befand, ist es zu danken, daß er nicht von der herabstürzenden Masse erschlagen wurde.

Eifern (Kreis Siegen). Ein trauriger Unfall hat den noch nicht ganz 18 Jahre alten Hilfsarbeiter Peter Kleebach, Mengerskirchen (Weiterwald) betroffen. Kleebach, bei der Firma Jakob Woos, Wilmersdorf, beschäftigt, kam der von ihm zu bedienenden Mörtelmaschine zu nahe und wurden ihm von derselben drei Finger der rechten Hand abgerissen. Nur der Geistesgegenwart eines herbeieilenden Kollegen, welcher die Maschine direkt außer Betrieb setzte, ist es zu verdanken, daß Kleebach nicht größere Verletzungen erlitten hat. Die Ursache des Unfalls, dem unser junges, eifriges Mitglied zum Opfer gefallen, ist auf die mangelnde Anwendung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen. Möge dieser Unfall allen Kollegen, hauptsächlich denjenigen, welche an Maschinen beschäftigt sind, zur Warnung dienen.

Kreuzburg. Eine interessante Submissionsblüte. Bei Vergebung einer offenen Feldscheune von 6000 Kubikmeter Rauminhalt auf der königl. Domäne Ober-Baulsdorf bei Landsberg i. S. wurden 21 Angebote von Unternehmern aus Schloßen, Pommern und Brandenburg abgegeben. Diese bewegten sich zwischen 6300 und 27 600 M. Ein Unterschied zwischen Mindest- und Höchstfordernden von 21 300 M. Der Mindestfordernde ist ein Kreuzburger Unternehmer, der wahrscheinlich denkt, trotzdem noch recht viel zu verdienen. Dieses ist aber nur auf Kosten der armen Zimmerer möglich.

Vertammlungskalender

Sudan. Sonntag, den 7. Dezember, mittags pünktlich 1 Uhr, im Schützenhause, Mitgliederversammlung. Alle Kollegen müssen erscheinen.
J. A. Krüger.

Bekanntmachungen

Aufforderung.

Der Kollege Adolf Krause, geboren am 4. August 1874 zu Lippen, zuletzt wohnhaft in Rosen, möge baldigst sein Mitgliedsbuch (21 138) vom Kollegen St. Sanktoman, Oneien, Kollaustraße 7, gegen Einwendung der entliehenen 3 M zurückverlangen.

Zahlstelle Guesen (Maurer.)

Sterbetafel.

Am 6. November starb nach kurzem Leiden unser langjähriger Kassierer und Mitbegründer unserer Zahlstelle Kollege Anton Ribbege infolge Gehirnschlages.
Zahlstelle Werne a. d. Lippe.

Am 10. November verschied plötzlich unser Kollege Johann Neumann im Alter von 31 Jahren an einem Schlaganfall.
Zahlstelle Altenstein (Maurer.)

Am 10. November starb nach längerem Leiden unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle, der Maurer Albert Haase, im Alter von 32 Jahren an Magenkrebs.
Verwaltungsstelle Bronau i. Westf.

Am 12. November starb unser langjähriges Vorstandsmitglied, unser lieber und treuer Mitarbeiter Kollege Friedrich Junik im Alter von 55 Jahren an Asthma und Alterschwäche. Der Verstorbene, welcher auch einige Jahre im Vorstand der Verwaltungsstelle tätig war, war das Muster eines eifrigen Gewerkschaftlers und hat manchem jungen Kollegen den Weg gezeigt. Die Götter der Bauarbeiterchaft wird ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Zahlstelle Bochum (Maurer und Bauhilfsarbeiter.)

Am 11. November starb unser langjähriges Mitglied und Kollege Hermann Nowak aus Scharwit nach einer Operation (Mastdarm) im Alter von 35 Jahren. Verwaltungsstelle Kreuzburg D. S.
Ehre ihrem Andenken!

Konferenz evangelischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Löhne.

Wie uns mitgeteilt wird, findet am 7. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Hofstette zum ersten Male eine Konferenz evangelischer Arbeiterinnen- und Arbeiterdelegierten statt.

Erklärung.

Ich nehme die gegen den christlichen Bauarbeiter-Verband, Zahlstelle Singen, ausgesprochene Beleidigung zurück.

Aufforderung.

Die Mitglieder unseres Verbandes, Aug. Scholle, Vinus Scholle und Aug. Friedrich, geboren zu Seulingen (Eichsfeld), werden gebeten, ihre jetzigen Adressen an das Sekretariat Recklinghausen, Paulusstraße 20, einzusenden.

Achtung, Verwaltungsstelle Gelsenkirchen!

Die in ihre Heimat reisenden Kollegen müssen sich vor ihrer Abreise bei dem Kassierer der Zahlstelle abmelden. Nur diejenigen Kollegen erhalten die Verpfändungsmarke, welche die Beiträge bis zum Schlusse und die Winterbeiträge entrichtet haben.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle. J. A.: Peter Gröbchen.

Erklärung.

Der Maurer Eduard Frye in Gnesen, Mitglied der Polnischen Berufsvereinigung, freute das Gerücht aus, der christliche Bauarbeiterverband habe dem Kaiser zur Jubiläumfeier ein Geschenk von 5000 Mk gemacht und habe der Anstiftungskommission Gelder geliehen.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Gnesen.

Soeben hat die Firma Westfalia-Kinderwagen-Industrie Bruno Richenhain, Osnaabrück, ihren diesjährigen, zum erstenmal erscheinenden Weihnachtskatalog, der in einer Auflage von 100 000 Exemplaren zum Versand kommt, herausgegeben.

Advertisement for 'Eine Uhr schenken wir Ihnen' (A watch we give you) by J. Stern Co. in Berlin.

Advertisement for 'NATIONAL' bicycles, 'Für jeden Radfahrer unentbehrlich' (Essential for every cyclist).

Advertisement for watches and jewelry, featuring images of various timepieces.

Advertisement for 'Das einzig richtige Geschenk' (The only right gift) featuring 'Edelstraußener' watches.

Advertisement for 'Laubsägerei' (Chain saw) and 'Gallensteinleiden' (Gallstones).

Advertisement for 'Licht-Hingong' (Light-Hingong) watches, highlighting their accuracy.

Advertisement for 'Glas-Christbaumschmuck' (Glass Christmas tree decorations) by Versandhaus Josef Müller.

Large advertisement for 'Hunderttausende Kunden' (Hundreds of thousands of customers) by Jonass & Co., Berlin, featuring watches and jewelry.

Advertisement for 'Jedermann kann Harmonium' (Everyone can play the harmonium) by Aloys Maier, Fulda.

Advertisement for 'Armband-Uhr schenken' (Gift watch with bracelet) by Stern & Scholz, Berlin.

Advertisement for 'Versammlungs- und Verkehrslokale' (Meeting and traffic points) for various regions.

Die gemeinnützige Volksversicherung

Das Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften schließt Versicherungen bis zur Höhe von 1500 M. ab. Bierzehntägige Beitragszahlung in Höhe von 20 bis 50 Pf. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Hof. Becker. Druck: Sternsche Buchdruckerei, sämtlich in Berlin.